FORSCHUNGS-
POLITIK & HORIZONTE
KULTUR
10 / 2021
www.culture-politics.international/online Vol. 5 No. 10

Sabine Riedel

VR Chinas Machtanspruch auf Taiwan

Peking bedroht nicht nur die Republik China (Taiwan) mit Maos „Kulturrevolution“

„Das Wahrheitsministerium Miniwahr, wie es in der Neusprache, der amtlichen Sprache Ozeaniens, hieß – […] war ein riesiger pyramidenartiger, weiß schimmernder Betonbau, der sich terrassenförmig dreihundert Meter hoch in die Luft reckte. Von der Stelle, wo Winston stand, konnte man gerade noch die in schönen Lettern in seine weiße Front gemeißelten drei Wahlsprüche der Partei entziffern:

KRIEG BEDEUTET FRIEDEN – FREIHEIT IST SKLAVEREI – UNWISSENHEIT IST STÄRKE.

[...] Das Wahrheitsministerium [befasst] sich mit dem Nachrichtenwesen, der Freizeitgestaltung, dem Erziehungswesen und den schönen Künsten […].“ (George Orwell 1949, dt. 1950, 21. Auflage 1973, S. 11).

George Orwells Roman „1984“ ist heute keine Fiktion mehr. Längst sind wohlklingende Ziele in politische Agenden eingeflossen, die das genaue Gegenteil anstreben. Die Spannungen zwischen der Volksrepublik und Taiwan (Republik China) sind hierfür ein gutes Beispiel. Hinter Orwells literarischem Sujet steht die linguistische Sapir-Whorf-Hypothese, wonach Sprache das Denken beeinflusst. Damit lassen sich Machttechniken dekonstruieren, der sich Diktatoren und ihre Führungseliten bedienen. Eine Schlüsselrolle spielt im Falle der Volksrepublik die Sprach(en)politik. Sie reglementiert den öffentlichen Sprachgebrauch und zeigt sich intolerant gegenüber Regional- und Minderheitensprachen. Durch Sprachplanung inszeniert Peking seine „friedliche Wiedervereinigung“, während es gleichzeitig Taiwan im Falle seines Widerstands mit Krieg droht. Dies entspricht dem Slogan „Krieg bedeutet Frieden“. Als ebenso doppelbödig erweist sich die Floskel „Freiheit ist Sklaverei“, wonach Taiwan wegen seines Freiheitswillens in wirtschaftliche Abhängigkeiten gefallen sein müsste. Auch hier ist das Gegenteil der Fall: Die Wirtschaftsreformen Pekings in den 1990er Jahren waren der Versuch, das erfolgreiche Modell des Tigerstaats und „Klassenfeindes“ zu kopieren. Schließlich hat sich die Volksrepublik Orwells Spruch „Unwissenheit ist Stärke“ zu eigen gemacht: Ihre UN-Mitgliedschaft (1971) beruht auf einer Täuschung der Weltgemeinschaft über die Opfer von Maos Kulturrevolution (1966 – 1976) und die zu erwartenden Folgen der digitalen Revolution.

Der folgende Beitrag analysiert die Hintergründe der Spannungen zwischen der Volksrepublik und der Republik China (Taiwan) aus dem Blickwinkel der politischen Kulturforschung. Während Taiwan um seine internationale Rehabilitierung und Anerkennung kämpft, geht es Peking um die kulturelle Hegemonie über die chinesisch-sprachige Community weltweit. Dabei kaschiert die Volksrepublik ihre politische Agenda mit dem Vokabular der Vereinten Nationen (UN). Dem unbedarften Beobachter bleiben die tiefer liegenden Interessen verborgen, obwohl sie an anderer Stelle offen benannt werden. So verteidigte Außenminister Wang Yi anlässlich des 50. Jahrestags der UN-Mitgliedschaft seines Landes die „gemeinsamen Werte der Menschheit“ wie Frieden und Demokratie, erklärte aber in derselben Rede, dass die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) ihren Zielen treu bleiben werde (fmprc.gov.cn, 25.6.2021, Abbildung 1). Dazu gehören laut Parteistatut vier Grundprinzipien: „das Festhalten am sozialistischen Weg, der volksdemokratischen Diktatur, der Führung durch die Kommunistische Partei Chinas und dem Marxismus-Leninismus und den Mao-Zedong-Ideen“ (Statut der KPCh).

Damit lehnt die KPCh das Modell einer pluralistischen Gesellschaft nicht nur für sich ab. Nach dem erklärten Ziel einer „Wiedervereinigung des

2021 Dez 3
Prof. Dr. Sabine Riedel, apl. Professorin für Politikwissenschaft, Universität Magdeburg,
Wissenschaftlerin an der Stiftung Wissenschaft und Politik, sabine.riedel@swp-berlin.org

Abbildung 1

Grundsatzrede von Staatsrat und Außenminister Wang Yi, 25.6.2021

Kollegen, Freunde,

Willkommen im Lanting Forum, um gemeinsam mit uns den 50. Jahrestag der Wiederherstellung des rechtmäßigen Sitzes Chinas in den Vereinten Nationen zu feiern. [...]

Die Volksrepublik China wurde seit ihrer Gründung 22 Jahre lang aus der UNO herausgehalten. […]

Am 25. Oktober 1971 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen auf ihrer 26. Tagung mit überwältigender Mehrheit die Resolution 2758. Sie beschließt, der Volksrepublik China alle ihre Rechte wiederherzustellen und die Vertreter ihrer Regierung als die einzigen legitimen Vertreter Chinas bei den Vereinten Nationen anzuerkennen. […]

Der Vorsitzende Mao Tse-tung sagte einmal, es seien unsere Entwicklungskollegen, die die Volksrepublik China in die Vereinten Nationen "getragen" haben. Das Wort "tragen" fängt treffend die tiefe Freundschaft zwischen China und anderen Entwicklungsländern ein. […]

Präsident Xi Jinping hat mit seiner Vision für einen größeren Fortschritt der Menschheit vorgeschlagen, eine Gemeinschaft mit einer gemeinsamen Zukunft für die Menschheit aufzubauen. Diese große Initiative erhebt sich über Unterschiede im Sozialen System und Entwicklungsstadium und lehnt die Nullsummenmentalität und geopolitische Berechnungen ab. Es setzt das gemeinsame Ziel für verschiedene Länder, verschiedene Nationen und verschiedene Zivilisationen. Die Initiative ist das Banner der Diplomatie der großen Länder mit chinesischen Merkmalen in der neuen Ära. China wird sich unter diesem Banner weiterhin aktiv an der Reform und Verbesserung des globalen Governance-Systems beteiligen. […]

Wir sind bereit, mit allen Ländern zusammenzuarbeiten, um die gemeinsamen Werte der Menschheit zu verteidigen, nämlich Frieden, Entwicklung, Fairness, Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit, den Aufbau einer neuen Art von internationalen Beziehungen mit gegenseitigem Respekt, Fairness und Gerechtigkeit und Win-Win-Kooperation weiter voranzutreiben und gemeinsam eine Gemeinschaft mit einer gemeinsamen Zukunft für die Menschheit aufzubauen. […]

In wenigen Tagen feiert China das hundertjährige Bestehen der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh). Im vergangenen Jahrhundert hat die KPCh herausragende Leistungen im Kampf für nationale Unabhängigkeit und Befreiung, Wohlstand des Landes und Wohlergehen des Volkes geleistet. Sie ist der ewigen großen Sache der chinesischen Nation verpflichtet und befindet sich zu ihrem hundertjährigen Bestehen in ihrer Blütezeit. Wir werden weiterhin dem ursprünglichen Bestreben der KPCh treu bleiben, ihre Gründungsmission im Auge behalten und für das Glück der Menschen, die Verjüngung der Nation und die Harmonie der Welt arbeiten! […]

Quelle: Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China, A New Journey Ahead after Fifty Extraordinary Years, fmprc.gov.cn, 25.6.2021 [Übersetzung und Hervorhebung blau: S.R.].

Vaterlandes" (a.a.O.) sollen auch Hongkong, Macau und Taiwan zum „Sozialismus chinesischer Prägung" bekehrt werden. Als ehemalige Kolonialgebiete gehören Hongkong und Macau heute zur Volksrepublik mit vertraglich geschützten Autonomierechten bis 2047 bz. 2049, Taiwan dagegen ist ein selbständiger Staat. Er sieht sich in der Nachfolge der 1947 ausgerufenen Republik China, deren Regierung sich im Verlauf des Bürgerkriegs auf die Insel im Südpazifik zurückzog, die damals von den USA verwaltet wurde. Die Volksrepublik fordert dessen Rückgabe seit ihrer Konstituierung am 1.10.1949, so dass sein rechtlicher Status als eigenständiger Staat vielerorts angezweifelt wird.

Völkerrechtlich relevant bleibt jedoch, dass die Taiwanesen seit über 70 Jahre die Souveränität über ihr Staatsterritorium ausüben. Anfangs haben sie China sogar im UN-Sicherheitsrat vertreten, bis die Resolution der Generalversammlung vom 25.10.1971 der Volksrepublik den Weg in die UN frei machte (vgl. Abbildung 1) und sich danach viele Staaten von Taiwan abwandten. Dessen ungeachtet ist allein die Androhung von Gewalt bzw. einer Invasion und Okkupation der Insel, wie von der Volksrepublik mehrfach angekündigt (rnd.de, 3.8.2021), ein Verstoß gegen das Friedensgebot der UN.

Nach diesem Problemaufriss soll noch dargelegt werden, welche wissenschaftliche Methode zur Analyse des Konflikts herangezogen wird. Wie schon im Titel des Beitrags anklingt, wird hier ein kulturpolitischer Ansatz gewählt, nämlich die linguistische Sapir-Whorf-Hypothese, wonach die Sprache das Denken beeinflusst. Der britische Schriftsteller George Orwell schilderte bereits in seinem Science-Fiction „1984" aus dem Jahre 1949, wie ein totalitäres Regime sich diese Erkenntnis zu Nutze macht: Mit einer eigens geschaffenen „Neusprache" schränkt es die Menschen in ihrem freien Denken und Willen ein. Es lässt sie in einer Masse aufgehen, die sprachpolitisch dirigiert und manipuliert wird. Die Wahlsprüche der fiktiven Partei in Orwells Romans sind der Ausgangspunkt: KRIEG BEDEUTET FRIEDEN – FREIHEIT IST SKLAVEREI – UNWISSENHEIT IST STÄRKE (Orwell 1984). Es wird die Frage erörtert, ob die VR China dem eigenen Anspruch gerecht wird, den **Frieden** weltweit zu fördern, die **Sklaverei** zu bekämpfen und seine **Stärke** aus kulturellen Innovationen zu schöpfen. Oder erweisen sich diese Begriffe als Phrasen einer **Orwellschen „Neusprache"**. Anspruch und Wirklichkeit werden in der Absicht gegenübergestellt, hinter die Kulissen der politischen Propaganda einer Weltmacht zu schauen.

1. ORWELLS „NEUSPRACHE“ im Dienst der Sprachplanung Pekings

Die Sapir-Whorf-Hypothese wurde wenige Jahre nach dem Erscheinen von Orwells Science-Fiction „1984“ formuliert. Anfang der 1950er Jahre publizierte sie der US-amerikanische Linguist Harry Hoijer, indem er sich auf die Arbeiten seines akademischen Lehrers Benjamin Lee Whorf und dessen Mentor Edward Sapir stützte. Seine Untersuchungen zur Kultur der Indianer Nordamerikas führten ihn zu der Hypothese, dass die menschliche Sprache das Denken stark beeinflusst. Nach anfänglich großem Interesse wandte sich die Fachwelt bald wieder von ihr ab, so dass sie in Vergessenheit geriet. Sie passte nicht mehr in den gesellschaftspolitischen Kontext der 1970er Jahre. Man wollte keinem Weltbild Vorschub leisten, das von einigen Wissenschaftlern dazu missbraucht wurde, kulturelle Unterschiede moralisch oder gesellschaftlich zu bewerten. Doch dem Linguisten und Anthropologen Harry Hoijer ging es nicht um eine Diskriminierung der Ureinwohner Nordamerikas, sondern um den Erhalt ihrer Sprachkulturen (Fromkin 1977).

Neuere Forschungsarbeiten knüpfen an dessen Erkenntnisse an und stellen sie in einen Kontext, der die Sprachenvielfalt als Quelle innovativen Denkens betrachtet: „Jede [Sprache] enthält eine Art und Weise, die Welt wahrzunehmen, sie zu begreifen und mit Bedeutung zu füllen – ein unschätzbarer Reiseführer, den unsere Vorfahren entwickelt und verfeinert haben.“ (Boroditsky 2012). Demzufolge wird die Ausdifferenzierung von Sprachen und vor allem der Anstieg ihres Wortschatzes als kultureller Reichtum empfunden, in dem der Wissensfortschritt materiell sichtbar wird. Hier setzen die Fragen der Soziolinguisten an, nämlich wie sprachliche Neologismen entstehen, durch welche gesellschaftlichen Mechanismen sie verbreitet werden und ob politische Institutionen darauf Einfluss nehmen.

George Orwell schildert in seinem Zukunftsroman „1984“ nicht nur, wie ein totalitäres Regierungssystem die Sprachentwicklung überwacht und steuert. Der eigentliche Effekt der Manipulation wird durch die Begrenzung des Denkens durch Sprache erreicht. Sprachplaner können sich dabei unterschiedlicher Techniken bedienen, so etwa der Verwendung von Akronymen. Kurzwörter eignen sich besonders gut, Wortsemantiken zu verschleiern und zu verändern. In Orwells „Neusprache“ werden die Ministerien für Erziehung, Nachrichten, Freizeit und Kultur zum „Miniwahr“ vereinigt, das Verteidigungsministerium als „Minipax“ und das Justizministerium als „Minilieb“ bezeichnet (Orwell 1949: 11). Die Sprachplanung setzt genau dort an, wo es Regulierungsbedarf gibt, wie hier in der staatlichen Verwaltung. Doch anstatt Klarheit und Transparenz in der Behörden-Sprache zu schaffen, spielen autoritäre Regime offenbar mit terminologischen Mehrdeutigkeiten. Die Reduktion des Wortschatzes provoziert Missverständnisse und Intransparenz und vereinfacht so auch die Kontrollmechanismen.

In China begann die Sprachplanung nach dem Untergang des Kaiserreichs im Jahre 1912. Die neue Republik China beauftragte eine Kommission damit, eine hochsprachliche Norm des Chinesischen zu schaffen, die den Grundstein für ein modernes Bildungssystem legen sollte. Im Jahre 1920 veröffentlichte die Kommission ein erstes Wörterbuch, das die Republik China 1932 offiziell unter dem Namen Guóyǔ („Nationalsprache“) einführte. Daneben gibt es für das Hochchinesisch auch die Bezeichnung Huáyǔ („Sprache der Chinesen“). In westlichen Ländern hat sich dagegen der Name Mandarin durchgesetzt, der auf die mehr als 2000-jährige Sprachtradition anspielt (Coblin 2000, dt. etwa: Kanzleisprache, Sprache der chinesischen Beamten).

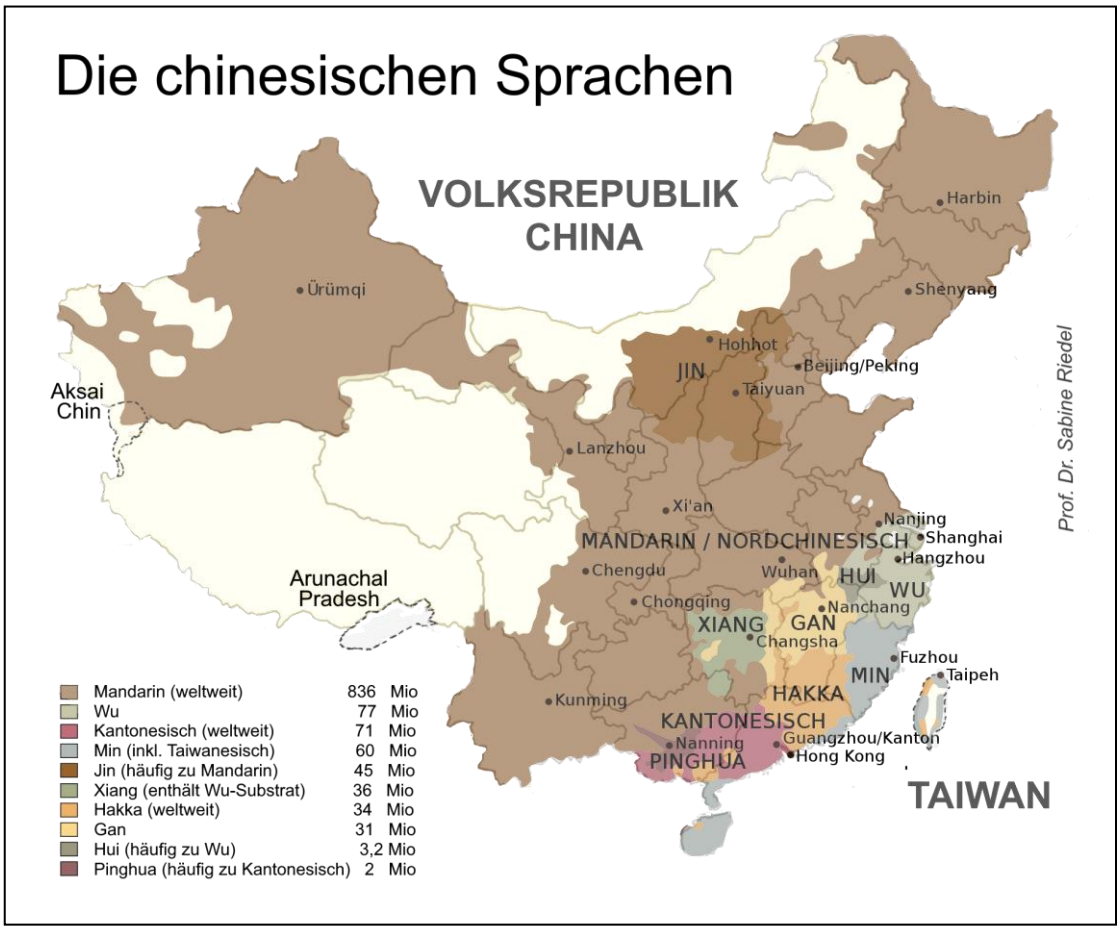
Die in der Volksrepublik China gebräuchliche Bezeichnung Pǔtōnghuà für das Chinesische („gemeinsame Sprache“) geht auf die Anfänge des kommunistischen Regimes nach dem Zweiten Weltkrieg zurück. Die KPCh diskutierte über Sprachreformen im Rahmen der Schaffung einer neuen sozialistischen Kultur. Parteichef Mao Tsetung war der Meinung, dass der Analphabetismus am ehesten durch die Einführung eines lateinischen Alphabets überwunden werden könne (Wan 2014: 76). Letzten Endes ist China nicht den Weg Vietnams, Koreas und der Mongolei gefolgt, die das traditionelle chinesische Schriftsystem für ihre neuen Amtssprachen aufgegeben hatten. Die Romanisierungsversuche schlugen sich im Jahre 1958 in einer standardisierten Umschrift für die chinesische Hochsprache nieder, die als Pinyin erstmals 1982 als ISO-Norm international anerkannt wurde.

Die Normierung der Umschrift in lateinischen Buchstaben kam faktisch einer Standardisierung des Lautsystems der chinesischen Hochsprache gleich. Bis dahin fielen die phonetischen Unterschiede der zahlreichen Dialekte kaum ins Gewicht, weil das traditionelle Schriftsystem auf der Kombination von Buchstabenbildern (Piktogrammen) beruht. Historische Wörterbücher dokumentieren, dass bisher etwa 87.000 solcher Zeichen geschaffen wurden (de-academic.com). Schon kurz nach Gründung der Volksrepublik sahen deren Sprachplaner in diesem komplexen

Schriftsystem eine der Ursachen für die hohe Analphabetenrate. Sie waren deshalb der Meinung, dass sie diese am besten dadurch bekämpfen könne, indem man die immense Anzahl an Schriftzeichen auf einige Tausend reduziert und in ihrer graphischen Darstellung vereinfacht. So veröffentlichte das chinesische Bildungsministerium erstmals in den Jahren 1956 und 1964 eine „Allgemeine Tabelle der chinesischen Standardzeichen“ mit ca. 2200 Charakteren, die bis heute fortgeschrieben wird (vgl. General Table of Standard Chinese Characters in: Zhao/Baldauf 2008; Yuming 2014: 20).

Im Jahre 2009 nahm die Sprachkommission zu ihrer Arbeit ausführlich Stellung und beantwortete Fragen zu den Auswahlkriterien der offiziellen Standardschrift und die Gründe, warum sie heute wieder 8.300 Zeichen enthält. Diese verteilen sich auf drei Gruppen: eine erste Liste umfasst 3.500 der am häufigsten gebrauchten Zeichen in der täglichen Kommunikation, eine zweite Liste mit 3.000 weniger populären Zeichen und eine dritte Liste mit 1.500 Termini spezieller Fachgebiete (Sprachkommission 2009). Wie die Kommission betont, sei diese Tabelle über einen Zeitraum von 8 Jahren erarbeitet und auf ca. 80 wissenschaftlichen Konferenzen diskutiert worden. Dennoch dokumentiert sie damit, wie staatliche Behörden über die Auswahl und Begrenzung der Schriftzeichen den Sprachgebrauch regulieren

Abbildung 2:
Verwaltungsgrenzen Chinas und rekonstruierte Verbreitung chinesischer Sprachvarianten



Quellen: Eigene Zusammenstellung, Montage von zwei Karten:
1. Innerchinesische Verwaltungsgrenzen, https://als.wikipedia.org/wiki/Datei:China_blank_province_map.svg, wikipedia, 30.3.2019,
2. Karte der sinitischen Dialekte, von: Wyunhe, File: Map of sinitic dialect - German version, wikipedia, 9.5.2011.

Anmerkung: Die zweite Karte ist methodisch problematisch. Sie bildet nicht die Mehrsprachigkeit aus Hochsprache (Mandarin) und Dialekten ab, sondern konstruiert einen Gegensatz. Zudem gibt es das Kantonesische und das Taiwanesische auch in Standardformen, eine Differenzierung zwischen den beiden Varianten des Mandarin in der Volksrepublik und auf Taiwan fehlt gänzlich.

und die Sprachplaner zu einer Kontrollinstanz machen, der sämtliche Gesellschaftsbereiche unterstehen.

Die Sprachplanung der Volksrepublik reglementiert nicht nur das Leben der 1,4 Milliarden Festlandschinesen. Sie hat vor allem eine internationale Dimension, wie der Konflikt um den völkerrechtlichen Status Taiwans zeigt. Denn diese Insel mit ca. 24 Millionen Einwohnern lehnt bis heute die Sprachpolitik des kommunistischen Regimes ab. Mit ihrer Flucht nach Formosa, so der geographische Name Taiwans, hatte die Kuomintang (Nationale Volkspartei Chinas) den Sprachstandard importiert, der maßgeblich ihre Handschrift trägt. Sie sahen sich als Erben der ersten Modernisierungsbestrebungen in China. Außerdem konnte sich „Nationalchina“ unter der Führung Chiang Kai-sheks darauf berufen, dass es in der UN und deren Sicherheitsrat als Vertretung aller Chinesen anerkannt war. Folglich ist die Nationalsprache (Guóyǔ) nicht nur die Amtssprache auf Taiwan, sie fungierte im Zeitraum 1949 bis 1971 auch als eine Arbeitssprache der UN.

Als Resultat dieser Entwicklung gibt es heute zwei Varianten des Hochchinesischen oder Mandarin: den Standard der Volksrepublik unter dem Namen Pǔtōnghuà („gemeinsame Sprache“) und Guóyǔ, heute auch Taiwanesisches Mandarin genannt. Die Unterschiede zwischen beiden Varianten haben sich erst infolge der Sprachpolitik Pekings herausgebildet, deren ideologische Ursprünge in der Chinesischen Kulturrevolution zu suchen sind. Aus politologischer Sicht kann man festhalten, dass sich der Interessenskonflikt zwischen China und Taiwan kulturpolitisch niederschlägt, wobei die Volksrepublik eindeutig die Rolle der provozierenden Konfliktpartei spielt. Taiwan hat sich gegenüber den Sprachplanern des kommunistischen Regimes stets reaktiv verhalten. Es hält sich an die Ausspracheregeln des Hochchinesischen bzw. Mandarin, wie sie im Verlauf des 20. Jahrhunderts auf der Basis des Pekinger Dialekts normiert wurden.

Dagegen tradiert Taipeh den reichen Schatz der über 2000 Jahre alten chinesischen Schriftzeichen und steht deshalb den in der Volksrepublik eingeführten Kurzzeichen skeptisch bis ablehnend gegenüber (vgl. Kurzzeichen 20.10.2021). Die Nationale Akademie für Bildungsforschung Taiwans bietet ein digitales Wörterbuch an, das bis zu 100.000 chinesische Schriftzeichen gesammelt hat (moe.edu.tw, 2017). Dennoch werden Schüler wie auch interessierte Ausländer nicht der Vielfalt und Komplexität des Mandarin ausgesetzt. Vielmehr bietet das Institut verschiedene Lernhilfen an, so etwa ein „Kleines chinesisches Wörterbuch“ mit etwa 4.000 Zeichen oder das „Chinesische Wörterbuch“ für den modernen Gebrauch, das 45.000 Wörter lexikalisch und graphisch wiedergibt (naer.edu.tw). Taipehs Sprachplaner tradieren damit nicht nur die alte Schriftkultur, sondern öffnen sich auch einer modernen Pädagogik, die ohne staatliche Verbote, Bevormundung und Kontrolle des alltäglichen Sprachgebrauchs auskommt.

Die Demokratisierung der Republik China begann erst mit der Aufhebung des Kriegsrechts im Jahre 1987, infolgedessen die Alleinherrschaft der Kuomintang zu Ende ging und einem Mehrparteiensystem Platz machte. Dadurch schwand der Einfluss des chinesischen Nationalismus, wodurch die kulturelle und sprachliche Vielfalt Taiwans zum Vorschein kam. Denn die Immigration von Festlandschinesen nach dem Zweiten Weltkrieg hatte verschiedene Dialekte nach Formosa gebracht, darunter Min, Hakka und Kantonesisch (siehe Abbildung 2). Den eingeführten hochchinesischen Standard akzeptierte die Bevölkerung vor allem aus politisch-ideologischen Motiven. Heute beherrschen ihn fast alle Taiwanesen, doch im privaten Bereich haben sie sich ihre Dialekte bewahrt. Das Taiwanesische, das zu den Min-Dialekten gerechnet wird und häufig als Hokkien-Taiwanesisch oder (von deren Sprechern) als Taigi bezeichnet wird, soll von 82 Prozent genutzt werden (Sonnad 2018). Soziolinguisten sprechen daher von einer gelebten Mehrsprachigkeit, die schon Mitte der 1980er Jahren ihre offizielle Anerkennung suchte (Hsiau 1997).

Mit dem Ende des Kalten Kriegs und der Systemkonkurrenz erhielt Taiwans Liberalisierungskurs neuen Auftrieb, in dessen Folge das Taiwanesische offiziell anerkannt und als fakultative Sprache in den Lehrplan der öffentlichen Schulen aufgenommen wurde. Weitergehende Forderungen nach einer Verdrängung des Mandarin durch das Taiwanesische lehnt eine Mehrheit der Bevölkerung jedoch ab, weil sie eine Neuauflage des Nationalismus befürchtet, diesmal auf der ideologischen Grundlage der taiwanesischen Kultur. Deutliches Indiz hierfür ist das Sprachengesetz vom 21.6.2017, demzufolge 16 weitere Regionalsprachen anerkannt wurden (Languages Act 2017). Es zeigt, dass sich Taiwan heute zu seiner kulturellen Vielfalt bekennt. In diesem Kontext basieren die Forderungen nach einer taiwanesischen Unabhängigkeit weniger auf einem Wechsel der nationalen Identität im kulturell-sprachlichen Kontext. Es geht vielmehr um die Souveränität Taiwans als Nation im Sinne der zusammengewachsenen politischen Gemeinschaft und ihres kulturellen Pluralismus.

Wie begründet die Sorge Taipehs ist, diese kulturelle Offenheit und Toleranz nach einer Wiedervereinigung mit der Volksrepublik zu verlieren, lässt sich am Beispiel Macaus und Hongkongs studieren. Nachdem zuerst 1997 und dann 1999 die einstige Kolonialherrschaft bzw. Übergangsverwaltung der Portugiesen und Briten zu Ende gegangen war und die beiden Gebiete an China zurückgingen, schränkte Peking mehr und mehr deren politischen und kulturellen Freiheiten ein. Dies betrifft auch die Stellung des Kantonesischen, das weit mehr ist als ein chinesischer Dialekt (wie etwa in Abbildung 2 dargestellt). Unter der Kolonialverwaltung entwickelte sich seit dem 17. Jahrhundert ein eigener Standard, der das klassisch-chinesische Schrifttum und das reichhaltige Repertoire an Schriftzeichen ebenso bewahrt wie das taiwanesische Mandarin (Bielicki 2019 und Leung / Wong 1996 über Hongkong und Cheong 2021 über Macau).

Die Demokratiebewegung in Hongkong fordert deshalb ähnlich wie die Taiwanesen mehr Offenheit gegenüber dem kulturellen Erbe und den regionalen Traditionen (Coca 2018). Ihre Kritik richtet sich weniger gegen das Mandarin an sich, sondern gegen die Sprachrestriktionen der Volksrepublik. Deshalb hat für Macau und Hongkong die demokratische Kultur der Republik China Vorbildcharakter. Denn Taiwan durchkreuzt die globalen Hegemonieansprüche der Volksrepublik, die sie seit ihrer UN-Mitgliedschaft sukzessive aufgebaut hat (AFP, 25.9.2019). Vor diesem Hintergrund betrachtet könnte Taipeh nicht zuletzt den Festlandschinesen als Vorbild dienen, die zum Ärger Pekings an einer demokratischen und pluralistisch angelegten Sprach(en)politik Gefallen finden (Zhao / Liu 2021).

2. Orwells „KRIEG BEDEUTET FRIEDEN“: Pekings Nationalismus zielt auf Taiwan

Der restriktive Charakter der Volksrepublik China gegenüber jedwedem politischen und kulturellen Pluralismus verdeutlicht, dass Peking an seinem nationalen Selbstverständnis festhält, das 1949 mit dem kommunistischen System eingeführt worden war. Es überlebte den Zerfall der Sowjetunion und ihres Staatenbündnisses in Osteuropa wohl auch deshalb, weil es nie mit dem Stalinismus gebrochen hatte. Während der Ostblock bereits Ende der 1950er Jahre dieses totalitäre Modell aufgab – eine Voraussetzung für den Systemwechsel von 1990 – tradierte die KPCh den Führerkult um Josef Stalin und dessen Doktrin. Der ehemalige sowjetische Nationalitätenkommissar Josef Stalin hatte vor rund 100 Jahren in das neue sozialistische Gesellschaftsmodell die nationalistische Ideologie aus dem 19. Jahrhundert aufgenommen, welche politische Partizipationsrechte nach Zugehörigkeiten zu einer Kultur- bzw. Sprachgemeinschaft in Aussicht stellte (Nationalitätenprinzip, Riedel 2015: 66).

Stalins Modell, das unter der KPCh zur Staatsdoktrin der Volksrepublik China wurde, verstand sich als ideologische Alternative zum Modell des damals populär gewordenen Nationalstaats im politischen Sinne. Dieses stützt sich auf demokratische Werte und einen kulturellen Pluralismus, wozu nicht nur ein Mehrparteiensystem, sondern auch die freie Wahl einer kulturellen Identität gehört. Nach dem Nationsverständnis moderner Demokratien, so wie die in Taiwan, sind Politik und Kultur getrennte Bereiche, d.h. den Staatsbürgern werden per Verfassung Rechte ganz unabhängig von deren Muttersprache, Konfession oder ethnischer Herkunft garantiert (vgl. Art. 1-5, Verfassung 1946). Die nationalistische Ideologie lässt sich daran erkennen, dass sie dieses Trennungsprinizip nicht akzeptiert. Dahinter stehen vor allem zwei politische Zielsetzungen: Innenpolitisch lässt sich damit die Bevölkerung steuern: Durch die kulturell-ethnische Determinierung des Nationsbegriffs werden kulturelle „Minderheiten“ geschaffen und somit ein Instrument, Bevölkerungsgruppen gegeneinander auszuspielen oder diese auch zu unterdrücken. Außenpolitisch dient die nationalistische Ideologie dazu, Grenzrevisionen zu benachbarten Staaten zu rechtfertigen.

Der Anspruch der Volksrepublik auf die Herrschaftsgewalt über Taiwan ist ein Indiz für deren Festhalten am chinesischen Nationalismus. Dieser schlägt sich in der Ein-China-Politik und ihrer Doktrin nieder, wonach es auf der Welt nur ein China und somit nur einen Staat chinesischer Identität geben könne. Von dieser These ausgehend wird die politische Selbständigkeit bzw. Unabhängigkeit Taiwans unter Zuhilfenahme völkerrechtlicher Positionen in Frage gestellt. Aus politikwissenschaftlicher Sicht lässt sich sagen, dass es heute verschiedene und sich widersprechende Narrative zur Taiwan-Frage gibt, weil sie sich auf unterschiedliche juristische und machtpolitische Kontexte beziehen (Heuser 1980: 64). Das Völkerrecht kann daher keine Lösung des Konflikts anbieten, allenfalls den politischen Akteuren den Weg zu einer friedlichen Lösung weisen, sofern sie überhaupt Willens sind.

Zum Verständnis der Konfliktlinien sind einige historische Fakten recht hilfreich: Unter dem Namen Formosa verlor Taiwan seine Selbständigkeit mit Beginn der Kolonialherrschaft der Portugiesen und Niederländer im 16. Jahrhundert. Erst Ende des 17. Jahrhunderts ging es für 200 Jahre

an das chinesische Kaiserreich, um im Jahre 1895 unter die Herrschaft Japans zu fallen. Die Besitzverhältnisse änderten sich abermals Ende des Zweiten Weltkriegs, den Japan verloren hatte. Es musste in seiner Kapitulationsurkunde u.a. eine Verzichtserklärung auf Taiwan leisten. Völkerrechtlich verbindlich wurde diese Rückgabe allerdings erst mit dem Friedensvertrag von San Francisco (15.6.1951). De facto hatte die Republik China diese Insel bereits im Jahre 1945 in Besitz genommen und als eigene Provinz in sein Staatsgebiet eingegliedert (vgl. Abbildung 3). Die Taiwan-Frage wurde erst in dem Augenblick zu einem Thema der nationalen wie auch der internationalen Politik, als die chinesischen Kommunisten unter Führung Mao Tse-tungs militärisch siegten und die Volksrepublik China ausriefen (1.10.1949). Die unterlegene, regierende Kuomintang unter Chiang Kai-shek zog sich auf die Insel Taiwan zurück, die bis zur Unterzeichnung

Abbildung 3

Geschichte des Konflikts zwischen der VR China und der Republik China (Taiwan)

des Friedensvertrags von San Franzisco durch die Republik China (5.8.1952, taiwanheute.tw, 1.11.2012) von den USA verwaltet wurde.

Die Volksrepublik China war keine Vertragspartei dieses Abkommens, weil die neu gegründeten Vereinten Nationen den Alleinvertretungsanspruch der Republik China (Taiwan) akzeptiert und diese in ihren Sicherheitsrat aufgenommen hatten. Erst 22 Jahre später sollte sich dies ändern: Auf Antrag Albaniens, des engsten Verbündeten Pekings bis 1990 in Europa, stimmte die UN-Generalversammlung am 25.10.1971 darüber ab, ob zukünftig die Volksrepublik statt Taiwan Gesamt-China vertreten solle: Eine Mehrheit von 59 Prozent der UN-Mitglieder entschied sich für eine Annahme der Resolution 2758. Sie hatte nicht nur die UN-Mitgliedschaft der Volksrepublik zur Folge, sondern auch deren Vertretung als einer der fünf Vetomächte im Sicherheitsrat. Taiwan wurde faktisch aus der UNO und ihren Gremien hinausgedrängt, obwohl es keinen Vorwand geboten hatte. Mit dieser Resolution verstieß die Generalversammlung gegen die eigenen Statuten und geltendes Völkerrecht. Denn Beschlüsse der Generalversammlung sind nicht bindend (auswaertiges-amt.de, 22.9.2020). Zudem setzt die Suspension eines Mitglieds die einstimmige Entscheidung des Sicherheitsrats voraus: „Das Fehlen einer Übereinstimmung der Großmächte macht eine Verhängung von Ausschluß und Suspension unmöglich."(Ohse 1971: 103f.).

Dennoch trägt Taiwan eine Mitverantwortung für seine internationale Isolierung. Denn die bis 1990 alleinregierende Kuomintang hielt ebenso wie Peking kompromisslos an der Ein-China-Politik fest. Eine UN-Mitgliedschaft als ein zweiter chinesischer Staat, unter welchem Namen auch immer, kam für Taipeh damals nicht in Betracht. Erst nach Aufhebung des Kriegsrechts (1987) und der daraufhin einsetzenden Demokratisierung des Landes unter der Herausbildung eines Mehrparteiensystems gab es seinen Alleinvertretungsanspruch allmählich auf. Doch bedurfte es hierzu noch einer weiteren bitteren Erfahrung. Im Jahre 1990, dem Jahr der Umbrüche und Systemwechsel in Osteuropa, machte sich Taiwan offenbar noch Hoffnungen auf eine Annäherung und Aussöhnung mit der Volksrepublik. Unter Initiative des Staatspräsidenten wurde ein Nationaler Wiedervereinigungsrat mit dem Ziel geschaffen, Kompromissvorschläge auszuarbeiten und diese an Peking heranzutragen. Taiwanesischen Quellen zufolge hätte Taipeh tatsächlich im Jahre 1992 einen Konsens in der Wiedervereinigungsfrage erreicht (taiwanheute. tw, 1.11.2011), was Peking jedoch stets entschieden dementierte.

Für Klarheit sorgte das Statement der Volksrepublik vom 30.1.1995 zum Thema Wiedervereinigung. Darin nannte Staatspräsident Jiang Zemin acht Grundsätze, die er diplomatisch als Vorschläge an die Adresse Taipehs formulierte. Er bestätigte nicht nur Pekings Ein-China-Politik, sondern erteilte auch einer zukünftigen „Zweistaatenlösung" eine klare Absage. Seiner Ansicht nach würde eine internationale Anerkennung Taiwans „den Prozeß der friedlichen Wiedervereinigung rücksichtslos torpedieren" (mfa.gov.cn, 29.4.2004, Punkt 2). Er rechtfertigte diese Position mit Argumenten des chinesischen Nationalismus: „Die 21 Millionen Landsleute auf Taiwan sind alle Chinesen, Landsleute in Fleisch und Blut und Brüder und Schwestern, wo immer sie auch herkommen." (a.a.O., Punkt 7) Der kulturelle, sprachliche bzw. ethnische Pluralismus der Taiwanesen wird von Peking nicht nur ignoriert. Er wird sogar geleugnet, um die Möglichkeit der Entstehung eines eigenen politischen Nationsverständnisses in Taiwan von Vornherein auszuschließen. Unter diesen Umständen unternahm der taiwanesische Staatspräsident Lee Teng-hui im Jahre 1999 einen letzten Versuch für einen Kompromiss und lancierte die Formel „Ein China – zwei Staaten (dw.com, 24.10.2013).

Doch aus Sicht Pekings würde eine Zweistaatenlösung das Ende der „friedliche Wiedervereinigung" bedeuten. Diese Behauptung widerspricht jedoch den Erfahrungen anderer Länder. Zu erinnern ist hier an die Wiedervereinigung von Nord- und Südvietnam im Jahre 1976 oder etwa an Pläne zur Wiedervereinigung von Nord- und Südkorea, die im Gegensatz zum vietnamesischen Beispiel seit 1991 UN-Mitglieder sind (Wefer, 1.3.2020). Auch die deutsche Geschichte während des Kalten Krieges lässt sich als positives Beispiel heranziehen. Noch unter den erschwerten Bedingungen der Systemkonkurrenz hatte die Bundesrepublik Deutschland trotz ihres Alleinvertretungsanspruchs einen Kompromiss mit der damaligen Deutschen Demokratischen Republik gefunden (Grundlagenvertrag 1972). Dieser Vertrag legte den Grundstein für eine Aufnahme beider Staaten in die UNO (1973, Schönhoven 2013). Man kann daher sagen, dass diese politische Annäherung keinesfalls der späteren Wiedervereinigung beider deutscher Staaten (1990) den Weg versperrte, möglicherweise war sie eine Voraussetzung der späteren Entwicklung.

Die deutsche Erfahrung lässt sich in einem weiteren Punkt für die aktuellen Spannungen zwischen Peking und Taipeh fruchtbar machen: Die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UN war eingebettet in eine Entspannungspolitik, die

weit über Deutschland und Europa hinausging. Hieraus lässt sich die Erkenntnis ziehen, dass mit der internationalen Anerkennung Taiwans die Frage nach einer Sicherheitsstruktur im asiatisch-pazifischen Raum verknüpft ist. Auch aus diesem Blickwinkel betrachtet sind die bilateralen Beziehungen zwischen der Volksrepublik und Taiwan keinesfalls nur eine inner-chinesische Angelegenheit. Vielmehr entscheiden sie über Krieg und Frieden in der gesamten Region. Dies belegt die wiederholte Androhung Pekings, im Falle einer internationalen Anerkennung Taiwans, die „friedliche Wiedervereinigung" mit dem Einsatz militärischer Gewalt durchsetzen zu wollen (xinhuanet.com, 1.2.2019, vgl. Zitat in Abbildung 4). Zudem werden taiwanesische Politiker, die wie der Ministerpräsident Su Tseng Chang eine UN-Mitgliedschaft Taiwans anstreben, eingeschüchtert. Die Volksrepublik setzte sie auf eine kürzlich veröffentlichte „schwarze Liste" von Personen, denen eine diplomatische Isolation sowie eine strafrechtliche Verfolgung nach einer Wiedervereinigung droht (dw.com, 5.11.2021).

Trotz aller Widrigkeiten verteidigt die seit 2016 amtierende Staatspräsidentin Taiwans, Tsai Ing-wen von der Demokratischen Fortschrittspartei (DPP), den eigenständigen Weg ihres Landes. Im Gegensatz etwa zu ihrem politischen Rivalen Han Kuo-Yu von der Kuomintang (KMT), der Gespräche mit Peking ohne Vorbedingungen fordert, verlangt Tsai einen Verzicht jedweder Gewaltanwendung (handelsblatt.com, 12.1.2020). Sie verweist auf Taiwans politische Eigenständigkeit mit einem freien und demokratischen Verfassungssystem. Deshalb sei sie dazu verpflichtet, den Willen der Mehrheit der Taiwanesen zu respektieren (president.gov.tw, 10.10.2021, Zitat vgl. in Abbildung 4). Im September 2015 bestätigten Meinungsumfragen der Nichtregierungsorganisation Taiwan Competitiveness Forum (TCF), dass eine Mehrheit von 82,3 Prozent der Befragten für eine „Beibehaltung des Status Quo" sei, d.h. sie lehnten damals noch eine Wiedervereinigung ebenso ab wie eine Unabhängigkeit, die zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung führen könnte (taiwanheute.tw, 30.9.2015). Mittlerweile ist die Stimmung unter der Bevölkerung deutlich kritischer gegenüber den Vereinigungsforderungen Pekings geworden. Nach Meinungsumfragen vom August 2021 steht nur noch die Hälfte der Taiwanesen hinter dem Status quo, während sich 90 Prozent der Befragten zur taiwanesischen Identität bekannten. Zwei Drittel seien sogar bereit, im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung die politische Eigenstaatlichkeit Taiwans zu verteidigen (taipeitimes.com, 11.8.2021).

Abbildung 4

Rede des chinesischen Präsidenten Xi Jinping, 1.2.2019

Am 1. Januar 1979 veröffentlichte der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses die Botschaft an die Landsleute in Taiwan. Sie galt als Erklärung der Politik des Festlandes für eine friedliche Wiedervereinigung. […]

Am Mittwoch brachte Xi einen Fünf-Punkte-Vorschlag für eine friedliche Wiedervereinigung vor.

Er sagte, die Prinzipien der „friedlichen Wiedervereinigung" und „ein Land, zwei Systeme" seien der beste Ansatz, um die nationale Wiedervereinigung zu verwirklichen. […]

Während Xi betonte, dass die „Chinesen nicht gegen Chinesen kämpfen", sagte er: „Wir versprechen nicht, auf die Anwendung von Gewalt zu verzichten und behalten uns die Option vor, alle notwendigen Mittel zu ergreifen."

Dies ziele nur auf die Einmischung externer Kräfte und die sehr geringe Anzahl von Separatisten der „Unabhängigkeit Taiwans" und ihre Aktivitäten ab, fügte er hinzu. […]

„'Die Unabhängigkeit Taiwans' widerspricht dem Trend der Geschichte und wird in eine Sackgasse führen", sagte Xi.

Der Präsident sagte, die Größe des Landes, die nationale Verjüngung und die Wiedervereinigung über die Meerenge hinweg zu erreichen, sei der Trend der Geschichte, der niemals von irgendjemandem oder irgendeiner Kraft blockiert werden kann. […]

Xi sagte, die Taiwan-Frage sei Chinas innere Angelegenheit und erlaube keine Einmischung von außen."

Präsidentin Tsai hält eine Ansprache zum Nationalfeiertag 2021, 10.10.2021

„Wir hoffen auf eine Entspannung der Beziehungen über die Meerenge hinweg [zur Volksrepublik China] und werden nicht vorschnell handeln, aber es sollte absolut keine Illusionen geben, dass sich das taiwanesische Volk dem Druck beugen wird. Wir werden weiterhin unsere nationale Verteidigung stärken und unsere Entschlossenheit demonstrieren, uns zu verteidigen, um sicherzustellen, dass niemand Taiwan zwingen kann, den Weg zu gehen, den China für uns vorgegeben hat. Denn der Weg, den China vorgegeben hat, bietet weder eine freie und demokratische Lebensweise für Taiwan noch Souveränität für unsere 23 Millionen Menschen. […]

Lassen Sie uns hier gemeinsam unser dauerhaftes Engagement für ein freies und demokratisches Verfassungssystem erneuern, unsere Verpflichtung, dass die Republik China und die Volksrepublik China einander nicht untergeordnet sein dürfen, unsere Verpflichtung, der Annexion oder dem Eingriff in unsere Souveränität zu widerstehen, und unsere Verpflichtung, dass die Zukunft der Republik China (Taiwan) in Übereinstimmung durch den Willen des taiwanesischen Volkes entschieden werden muss."

Quellen: Xinhua Headlines: Xi says "China must be, will be reunified" as key anniversary marked, (xinhuanet.com, 1.2.2019; President Tsai delivers 2021 National Day Address, president.gov.tw, 10.10.2021. [Übersetzung und Hervorhebung blau: S.R.].

3. Orwells „FREIHEIT IST SKLAVEREI“: Taiwan als Symbol für freien Welthandel

Die Machtansprüche der Volksrepublik gegenüber Taiwan haben ihre Wurzeln im chinesischen Nationalismus. Deren Motive sind dagegen eng mit der sozialistischen Herrschaftsdoktrin verwoben, die seit ihrer Gründung 1949 bis heute gilt. Schon Artikel 1 der Verfassung bestimmt: „Die Volksrepublik China ist ein sozialistischer Staat unter der demokratischen Diktatur des Volkes.“ (Verfassung 1982) Diese „Volksherrschaft“ steht unter der direkten „Führung der Kommunistischen Partei Chinas“ (KPCh). Im Unterschied zum politischen System der Republik China (Taiwan) steuert die KPCh neben der Politik auch sämtliche Wirtschaftsprozesse, d.h. „das sozialistische Gemeineigentum an den Produktionsmitteln“ (Art. 6, Verfassung 1982). Folglich wird Taiwan nicht nur als eine abtrünnige Provinz „des geheiligten Territoriums der Volksrepublik China“ betrachtet (Präambel der Verfassung 1982), sondern auch als „Klassenfeind“, als Vertreter der „Bourgeoisie“ und des „Kleinbürgertums“, die nach den Worten Mao Tse-tungs umzuerziehen seien (vgl. Abbildung 5).

Der sozialistischen Theorie nach hätte Taiwan wegen seines Freiheitswillens und Widerstands gegen derartige kollektive Zwangsmaßnahmen schon längst in Sklaverei und Abhängigkeit des kapitalistischen Systems fallen müssen. Die realen Wirtschaftsdaten widersprechen allerdings diesem ideologischen Narrativ auf der ganzen Linie. Trotz der weltweiten diplomatischen Isolierung entwickelte sich Taiwan seit den 1960er Jahren zusammen mit Hongkong, Singapur und Südkorea zu einem sogenannten Tigerstaat mit überdurchschnittlich hohen Wachstumsraten. Sogar unter der Corona-Krise stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) weiter und erreichte im Jahr 2020 den bisherigen Höchstwert von 28.358 US-Dollar pro Kopf der Bevölkerung (countryeconomy.com, 30.11.2021). In der Volksrepublik China hingegen setzte ein damit vergleichbares Wirtschaftswachstum erst Jahrzehnte später ein. Es war das Resultat von Wirtschaftsreformen der 1990er Jahre, die sich in Verfassungsreformen niederschlugen. Danach wurden offenbar in Anlehnung an die taiwanesische Erfolgsgeschichte auch in der Volksrepublik „Wirtschaftssektoren der Individualwirtschaft und der Privatwirtschaft [als] wichtige Bestandteile der sozialistischen Marktwirtschaft“ zugelassen (vgl. Art. 11, Verfassung 1982). Dennoch liegt das BIP pro Kopf in der Volksrepublik heute erst bei 10.511 US-Dollar, was ca. 37 Prozent des taiwanesischen Niveaus entspricht (vgl. Abbildung 6).

Abbildung 5

Worte des Vorsitzenden Mao Tse-tung

Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volke (27. Februar 1957)

„Im Lande ist, was das Eigentum betrifft, die sozialistische Umgestaltung im wesentlichen vollzogen und sind die für die Periode der Revolution charakteristischen umfassenden und stürmischen Klassenkämpfe der Massen im wesentlichen beendet; Überreste der gestürzten Klassen der Grundherren und Komprادoren sind aber noch vorhanden, die Bourgeoisie besteht noch, und das Kleinbürgertum ist gerade erst im Begriff, sich umzuerziehen. Der Klassenkampf ist noch nicht zu Ende. Der Klassenkampf zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie auf ideologischem Gebiet wird noch lange andauern und verwickelt sein und zuweilen sogar sehr scharf werden. Das Proletariat trachtet, die Welt nach seiner eigenen Weltanschauung umzugestalten, und die Bourgeoisie tut das gleiche. In dieser Hinsicht ist die Frage ‚Wer wen?‘ im Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus immer noch nicht endgültig entschieden.“ [...]

Quelle: Mao Tse-tung, Worte des Vorsitzenden Mao Tse-tung, Erste Auflage, 1. Nachdruck, Peking 1967, S. 21f. [Hervorhebung blau: S.R.].

Verfassung der Volksrepublik China, 4.12.1982

„Präambel

[...] Taiwan ist ein Teil des geheiligten Territoriums der Volksrepublik China. Es ist die heilige Pflicht des ganzen chinesischen Volkes, einschließlich der Landsleute in Taiwan, die große Aufgabe der Wiedervereinigung des Vaterlandes zu vollbringen.

Beim Aufbau des Sozialismus muß man sich auf die Arbeiter, Bauern und Intellektuellen stützen und sich mit allen Kräften vereinigen, mit denen ein Zusammenschluß möglich ist. In den langen Jahren der Revolution und des Aufbaus hat sich eine breite patriotische Einheitsfront gebildet, die unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas steht, an der die verschiedenen demokratischen Parteien und Massenorganisationen teilhaben und die alle sozialistischen Werktätigen und sozialistischen Gründer umfaßt, alle Patrioten, die den Sozialismus unterstützen, und alle Patrioten, die für die Wiedervereinigung des Vaterlandes eintreten. [...]

Art. 1. Die Volksrepublik China ist ein sozialistischer Staat unter der demokratischen Diktatur des Volkes, der von der Arbeiterklasse geführt wird und auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern beruht.

Das sozialistische System ist das grundlegende System der Volksrepublik China. Die Sabotage des sozialistischen Systems ist jeder Organisation oder jedem Individuum verboten. [...]

Art. 6. Die Grundlage des sozialistischen Wirtschaftssystems der Volksrepublik China ist das sozialistische Gemeineigentum an den Produktionsmitteln, das heißt das Volkseigentum und das Kollektiveigentum der werktätigen Massen. [...]

Art. 15. Der Staat wird eine sozialistische Marktwirtschaft realisieren. [Verfassungsreform, 29.3.1993]

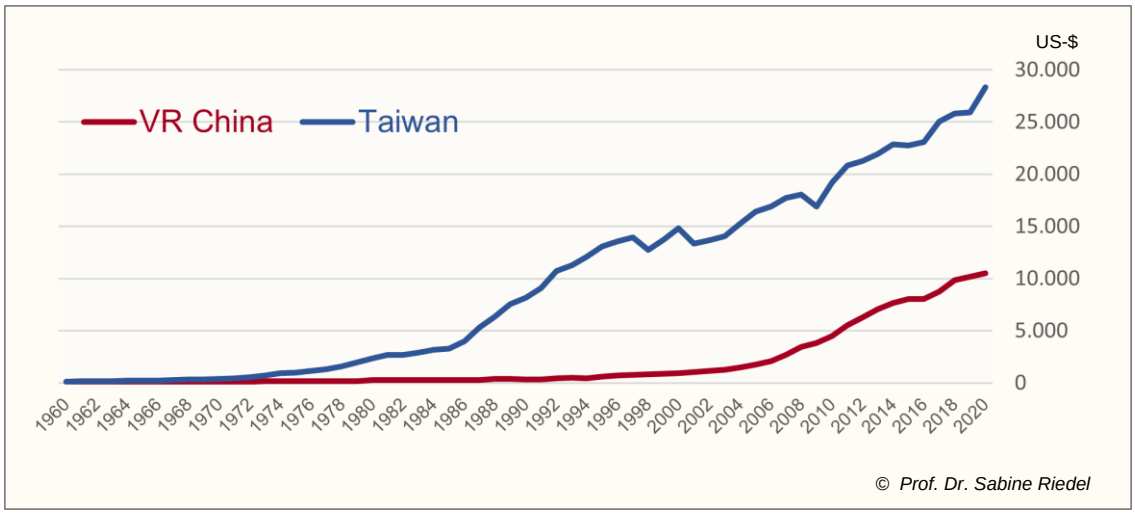
Quelle: Verfassungen der Volksrepublik China, Verfassung vom 4.12.1982 [Hervorhebung blau: S.R.].

Mit einer Reform des Artikels 15 der Verfassung (29.3.1993) transformierte die Volksrepublik ihre „Planwirtschaft auf der Basis des sozialistischen Gemeineigentums“ in ein System „sozialistischer Marktwirtschaft“ (Verfassung 1982). Allein diese Terminologie weist darauf hin, dass Peking entgegen ihrer offiziellen Propaganda wohl eher zum „Klassenfeind“ Taiwan aufblickt und von ihm lernt. Denn Taiwan hat als ehemaliges Entwicklungsland mittlerweile zu den westlichen Industriestaaten aufgeschlossen. In deren Marktwirtschaften werden die Menschen durch verschiedene Sozialversicherungssysteme vor Einkommensverlusten, Krankheit und Armut geschützt. Einige Autoren, so etwa Vertreter des deutschen Modells der sozialen Marktwirtschaft, sehen sogar einen direkten Zusammenhang zwischen sozialer Sicherheit und wirtschaftlicher Prosperität (kas.de, Entwicklungsländer). Taiwan scheint diese Annahme zu bestätigen, denn es verfügt sowohl über eine erfolgreiche Marktordnung als auch über ein Versicherungssystem, welches ein Auseinanderdriften von Einkommensunterschieden verhindert (ssa.gov, bli.gov.tw, 20.8.2021).

Zwar hat die Volksrepublik China marktwirtschaftliche Elemente in ihr planwirtschaftliches System eingeführt, doch ihre Sozialsysteme sind in der Hand staatlicher Institutionen geblieben. Ausgehend von der Begrifflichkeit könnte man annehmen, dass Chinas *sozialistische* Marktwirtschaft den Menschen mehr und höhere Standards bietet als die *soziale* Marktwirtschaft Taiwans. Doch diese stereotype Vorstellung über den Sozialismus und seiner Steuerungskompetenz im Sozialbereich trifft im Falle Chinas nicht zu, vielmehr lässt sich das Gegenteil beobachten. So stellte die Asiatische Entwicklungsbank fest, dass heute „in der kommunistischen Volksrepublik [...] Einkommen ungleicher verteilt“ sind als in Taiwan (bertelsmann-stiftung. de, 27.4.2016). Demzufolge hat sich Peking sein rasches Wirtschaftswachstum durch einen Anstieg der sozialen Ungleichheit erkauft. Lag die Zahl seiner Milliardäre im Jahre 2011 bei 116, waren es 2018 bereits 373, was einer Verdreifachung innerhalb von nur sieben Jahren entspricht (Popow 2019: 9, spiegel.de, 27.10.2021). Selbst wenn man berücksichtigt, dass es sich hierbei um ein globales Phänomen handelt, so muss sich die Volksrepublik der Frage stellen, warum ihr reformiertes Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell im Vergleich zu Taiwan so schlecht abschneidet. Erweitert man die Spitze der Einkommenspyramide um die Anzahl der Dollar-Millionäre, erscheint der chinesische Sozialismus vollends als Fassade: Wie der neueste Global Wealth Report der Credit Suisse dokumentiert, liegt die Volksrepublik mit einem Anteil von 9 Prozent aller Millionäre weltweit zwar hinter den USA (39 Prozent), aber noch vor Japan, Deutschland und Taiwan (mit rund 7, 5 und 1 Prozent, Report 2021: 19, Abbildung 7).

Chinas Sozialismus fehlt es ganz offensichtlich an Steuerungsfähigkeiten, um die wachsende Schere zwischen Arm und Reich auszugleichen. Zur Diskussion stehen daher geeignete Instrumente und die Frage, ob staatliche Direktiven

Abbildung 6
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in US-Dollar Taiwans und der Volksrepublik China (1960-2020)



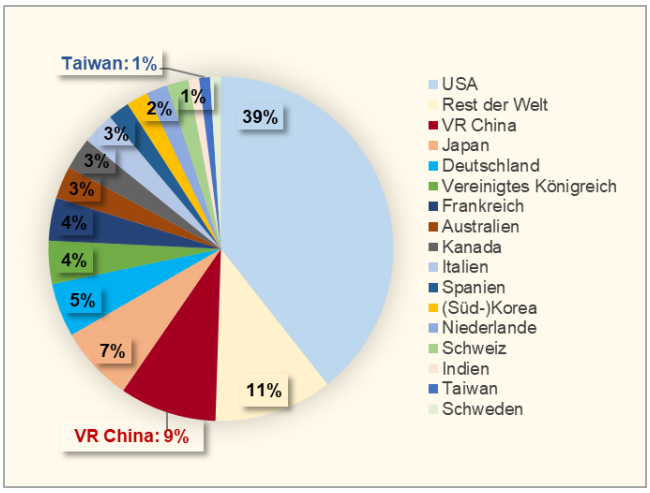
Quelle: Eigene Zusammenstellung aus: countryeconomy.com, 30.11.2021

allein die hohen Einkommensunterschiede ausgleichen können. Die großen sozialen Probleme der Wanderarbeiter wie geringe Bezahlung, Wohnungsnot und ungenügender sozialer Schutz sind nicht gelöst worden (spiegel.de, 24.8.2020). Seit den Wirtschaftsreformen der 1990er Jahre hat sich deren Zahl bis zum Jahre 2010 verzehnfacht und stagnierte in der vergangenen Dekade bei etwa 250 Million (unfra.org, 2018: 3), das entspricht rund 31 Prozent aller chinesischen Arbeitskräfte (801 Millionen, ILO China 2021-1).

Man kann davon ausgehen, dass heute ein beträchtlicher Teil der 1,4 Milliarden Chinesen in Armut lebt. Genauere Daten hierzu sind allerdings davon abhängig, wie Armut definiert wird. Daten von UN-Organisationen, die indirekt die Handschrift der Volksrepublik tragen, sprechen von einer erfolgreichen Armutsbekämpfung (ILO China 2021-2, chinatoday.com, 21.3.2021). Kritische Analysen weisen hier auf Widersprüche hin. Peking hat nämlich die Armutsgrenze auf ein tägliches Einkommen von 2,30 US-Dollar festgelegt, während die Weltbank diese für China als Schwellenland bei 5,50 US-Dollar veranschlagt. Nach diesem Grenzwert würden ca. 40 Prozent der Bevölkerung in Armut leben. Denn im Mai 2020 nannte der chinesische Premierminister Le Kequiang die Zahl von rund 600 Millionen Chinesen, die monatlich mit 140 Dollar oder 4,67 US-Dollar auskommen müssten. „Und er fügte hinzu, das sei nicht einmal genug, um in der Stadt die Miete für ein Zimmer zu bezahlen." (Post, 4/2021)

Abbildung 7:

Der prozentuale Anteil der Dollarmillionäre (2020) weltweit nach Ländern



Quelle: Eigene Zusammenstellung aus:
Credit Suisse, Global Wealth Report 2021, S. 19

Das Armutsphänomen wird die Volksrepublik auch in absehbarer Zeit kaum in den Griff bekommen, so dass sich die Identitätskrise ihres sozialistischen Systems verschärfen wird. Ein Indiz hierfür ist der enorme Anstieg prekärer Arbeitsverhältnisse in der Digitalwirtschaft. Denn sie hat neben den wenigen Einkommensmilliardären einen wachsenden Billiglohnsektor geschaffen, die sogenannte GIG-Ökonomie. Darunter versteht man einen Arbeitsmarkt, der sich durch flexible Arbeitsverhältnisse auszeichnet, die meist für kurzfristige Aufträge (en. gig) zustande kommen. Da die Vertragsparteien häufig weder Sozialabgaben für Krankheit und Arbeitslosigkeit noch Steuern abführen und stattdessen sämtliche Risiken selbst tragen, sind sie vielfach der Schattenwirtschaft zuzuordnen, die per Definition kaum von staatlichen Institutionen zu regulieren ist. Deshalb haben diese flexiblen Beschäftigungsverhältnisse vor allem für die Dienstleister negative Folgen. Diese GIG-Worker sind meist sogenannte „Solo-Selbstständige" ohne feste Einkommen, die zudem die notwendigen Ressourcen für ihre Dienstleistungen selbst mitbringen müssen, so etwa Fahrzeuge, Mobiltelefone oder PCs (Deges 2021).

Aktuellen Schätzungen zufolge sind in China heute etwa 200 Millionen Menschen in der „florierenden GIG-Economy" beschäftigt (daxueconsulting.com, 22.9.2021). Diese Analysen zeigen, wie die Digitalisierung einer Entwicklung Vorschub leistet, die einfache Dienstleistungen einem „Arbeitsmarkt" öffnet, in dem allein die Wirtschaftsmacht großer Unternehmen sowie die Abhängigkeiten und Notlagen der Arbeitssuchenden über die Höhe ihrer Löhne entscheidet. Ob Autofahrten, Expresslieferungen oder Haushaltshilfen – das Abrutschen dieser Dienstleistungen in illegale Beschäftigungsverhältnisse erhöht den sozialen Druck und verursacht zunehmende gesellschaftliche Probleme, u.a. Alkoholismus (a.a.O.). Alle Versuche der Regierung gegenzusteuern, zeigen derzeit wenig Wirkung, nicht zuletzt wegen der Corona-Maßnahmen seit Beginn des Jahres 2020. So publizierte die Weltbank Mitte 2021, dass in Folge der Corona-Krise die Zahl der Menschen, die in absoluter Armut leben müssen, d.h. von weniger als 1,90 US-Dollar täglich, weltweit um 95 Millionen im Vergleich zum Vorjahr gestiegen sei, was einem Anstieg um 11,6 Prozent entspricht (Worldbank 24.6.2021). Offenbar hat diese globale Entwicklung die Volksrepublik mehr getroffen als Taiwan. Denn wegen ihres flexiblen Krisenmanagements konnte die Republik China recht schnell ihre empfindlichen Rückschläge auffangen (produktion.de, 22.7.2020).

Der wirtschaftliche Erfolgskurs Taiwans dürfte ein weiteres Motiv der Volksrepublik dafür sein, die Insel politisch unter ihre Kontrolle zu bringen. Denn in der Halbleitertechnologie ist der taiwanesische Chiphersteller TSMC Weltmarktführer. Als Zulieferer für PC-Hersteller und Automobilkonzerne verfügt er über einen Marktanteil weltweit von 55 Prozent vor Samsung und Intel (deutschlandfunk.de, 18.10.2021). Wegen der Sanktionspolitik der US-Regierung musste TSMC sein Geschäft mit dem chinesischen IT-Unternehmen Huawai einstellen (winfuture.de, 17.7.2020), was Chinas IT-Industrie getroffen hatte. Peking ging daraufhin in die Offensive und investierte Milliarden für den Ausbau der heimischen Chip-Produktion. Bis 2025, so der Plan, will es autark werden und 70 Prozent im Inland produzieren. Nach einer Einverleibung Taiwans könnte es nicht nur seinen Bedarf an Fachkräften in dieser Branche decken (handelsblatt.com, 20.6.2021). Die Volksrepublik hätte dann auch eine Schlüsselposition in einem sicherheitspolitisch höchst relevanten Industriezweig. Hierin liegt eines der Motive der USA, im Falle einer Eskalation an der Seite Taiwans zu stehen (NZZ, 2.12.2021).

Das Motto „Freiheit ist Sklaverei“ aus Orwells Roman „1984“ gilt scheinbar auch für Chinas Umgang mit Afrika. Offiziell betont Peking, dass seine Beziehungen mit den afrikanischen Staaten auf „Freundschaft“ beruhten und der gemeinsame Handel zum gegenseitigen Nutzen sei (economist.com, 2.12.2021). Sie werden jedoch getragen von einem ideologischen Kalkül, dem eine ganz andere Realität gegenübersteht. China wähnt sich noch immer in einer historischen Schicksalsgemeinschaft mit den „afro-asiatischen Völkern“, die „durch die imperialistischen Aggressionen rückständig geblieben“ waren, nun aber erwacht seien und „einen machtvollen revolutionären Kampf“ führen (Kulturrevolution 1969: 388). Bis heute beschwört China die „unzerbrechliche Brüderlichkeit [mit Afrika] im Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus“ (news.cn, 29.11.2021). Diese Worte des chinesischen Präsidenten Xi Jinping lassen sich auch als Drohung verstehen, dass den afrikanischen Ländern ein Rückfall in die Sklaverei drohe, wenn sie ihre „Freundschaft“ mit China aufkündigen. Über eine entsprechende Schlüsselposition verfügt es bereits: Mit mehr als 200 Milliarden US-Dollar pro Jahr ist es Afrikas größter Handelspartner und mit einem Gesamtvolumen von über 300 Milliarden auch dessen größter Investor (forbes.com, 3.10.2019). So stellt sich die Frage, ob hinter der Fassade einer Win-Win-Situation nicht ein neuer Kolonialismus steht (theguardian, 31.7.2018).

4. Orwells „UNWISSENHEIT IST STÄRKE“: Kulturrevolution statt Menschenrechte

Verschiedene Indizien sprechen dafür, dass sich China und die afrikanischen Staaten nicht auf Augenhöhe begegnen, sondern von neuen Abhängigkeitsstrukturen dominiert werden. Schon vor mehr als einem Jahrzehnt setzte ein globaler Wettlauf um den Erwerb von landwirtschaftlichen Nutzflächen ein. Staaten mit einer hohen Bevölkerungszahl wie China oder mit wenig Agrarflächen zur Nahrungsmittelproduktion wie z.B. die Golfstaaten verstärkten ihre Investitionen in Afrika, so in Kenia, Tansania und Sudan (zeit.de, 18.8.2009). Sie erkauften sich Pacht- und Besitzrechte an Grund und Boden mit der Finanzierung und dem Bau von städtischer Infrastruktur. Neuere Studien zeigen, dass derartige Großprojekte die Hoffnungen der afrikanischen Staaten auf eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung kaum erfüllten. Die rasche bauliche Verdichtung in den Großstädten verstärkt die Flucht aus den ländlichen Regionen. Nach Prognosen der UN liegen die Wachstumszentren der städtischen Bevölkerung im globalen Maßstab bis zum Jahr 2030 in Subsahara-Afrika (population.un.org, 2018). Dadurch erhöht sich der Anteil der Bevölkerung, die in städtischen Armutsvierteln (Slums) leben (bundestag.de, 9.12.2020: 11). Zudem verlieren die betroffenen afrikanischen Staaten wichtige Landflächen, so dass sie ihre eigene Bevölkerung kaum noch ausreichend ernähren können.

Eine aktuelle Studie des christlichen Hilfswerks Misereor legt den Finger in die Wunde und zeigt, dass derartige Geschäfte afrikanischer Regierungen mit ausländischen Staaten der Bevölkerung kaum Chancen bieten, dieser Armutsfalle zu entkommen (cidse.org, 18.6.2021). Doch sind kritische Stimmen gegenüber diesen neuen Abhängigkeitsstrukturen nur schwach zu vernehmen, zu stark bestimmen Publikationen den Diskurs, die zwar von wissenschaftlichen Instituten veröffentlicht werden, jedoch von Dritten oder Privaten finanziert und daher interessengeleitet sind. Sie erfüllen das Motto „Unwissenheit ist Stärke“ aus Orwells Roman „1984“, wenn sie die politischen Zusammenhänge und vor allem die Nachfrage ausblenden, ob Chinas Politik in Afrika nicht der eigenen Identität als sozialistisches Land widerspricht. Deren politischen Analysen zufolge sei dies „kein chinesischer Kolonialismus, sondern ein gemeinsames Wachstumsinteresse“ (Spiegel, 9.9.2018). Andere Berichte widersprechen der Ausbeutungsthese explizit und behaupten in einem euphemistischen Unterton, dass die Chinesen in Wahrheit Afrikas Äcker bestellen:

„Ohne sie ginge es dem Kontinent viel schlechter." (faz.net, 15.12.2015) Mit dieser Lesermeinung kam der Direktor des Mercator Instituts für China-Studien (MERICS) in Berlin zu Wort. Noch deutlicher kommt die chinesische Position in den Publikationen des Berliner Marx-Engels-Zentrums zum Ausdruck. Dort wird der Vorwurf des „Land Grabbing", also des Landraubs mit der Behauptung entkräftet, dass die chinesischen Investoren in Afrika damit eine „nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung" verfolgen und davon überzeugt sind, dass dies „das beste Gegenmittel für den Umgang mit Konflikten und Instabilität" sei. „Das ist die Strategie, die China im eigenen Land anwendet, und es ist die Grundlage ihres derzeitigen strategischen Engagements in Afrika." (mez-berlin.de, 4.1.2018)

Abbildung 8

Bundesverband Deutscher Industrie (BDI):

Investitionsabkommen EU – China 2021:

[...].

Was kann das Abkommen nicht?

Das CAI löst strukturelle Ungleichgewichte im Marktzugang nicht auf. Das chinesische System der Negativlisten bleibt ebenso bestehen wie zahlreiche Eingriffs- und Blockademöglichkeiten der chinesischen Behörden. Umgekehrt sichert die EU China auf unbestimmte Zeit die Offenheit des eigenen Marktes zu, was als großer Verhandlungserfolg für Peking zu bewerten ist. Die deutsche Industrie fordert deshalb von der Europäischen Kommission, dass der Druck auf China, weitere Zugeständnisse in Richtung Reziprozität und Wettbewerbsgleichheit zu machen, aufrechterhalten bleibt. Die Liste der weiterhin bestehenden Einschränkungen ist immer noch lang.

Was bedeutet es für europäische Wirtschaftsverbände in China?

In Annex II des EU-China Investitionsabkommens CAI ist mit Artikel 9 zu „Non-Profit Organizations" ein Passus enthalten, der aktuell für Unsicherheit sorgt. Es wird befürchtet, mit CAI erhalte die chinesische Führung das Recht, die Leiter von Niederlassungen europäischer NGOs in China zu bestimmen.

In dem Annex werden Politikfelder aufgeführt, die trotz des Investitionsabkommens weiterhin in der Autonomie der Vertragsparteien verbleiben und also nicht im Investitionsabkommen geregelt werden. Der Artikel 9 besagt, dass China sich trotz CAI weiterhin das Recht vorbehält, über Investitionen von ausländischen Investoren in Non-Profit Organisationen zu entscheiden. Gleichzeitig behält China das Recht, eine gesetzliche Regelung zu treffen, die dazu zwingt, das Führungspersonal solcher Non-Profit Organisationen mit chinesischen Staatsbürgern zu besetzen.

China besteht durch Artikel 9 darauf, die Handlungsspielräume ausländischer NGOs auch weiterhin nach Belieben einengen zu können. Damit setzt China ein weiteres politisches Zeichen, ausländische NGOs mehr und mehr unter chinesische Kontrolle bringen zu wollen. Das würde auch Vertreter des offenen westlichen Gesellschaftsmodells wie Wirtschaftsverbände und politische Stiftungen betreffen. Dies ist nicht im Interesse der Wirtschaft. Bunderegierung und EU müssen hier tätig werden und diese potenzielle Einschränkung verhindern. Der entsprechende Abschnitt sollte aus dem Abkommen gestrichen werden. [...]

Quelle: bdi.eu, 9.6.2021, Bundesverband der Deutschen Industrie, BDI, Investitionsabkommen zwischen der EU und China – Was gewinnt die deutsche Industrie?. [Hervorhebung fett im Original, blau; S.R.],

Die Unwissenheit der Öffentlichkeit über die tatsächlichen Auswirkungen der chinesischen Handelspolitik für die afrikanische Bevölkerung ist jedoch genau das, was dem Regime in Peking derzeit in der Außenpolitik so viel Macht verleiht. Sie wird dadurch begünstigt, dass die internationalen Verträge immer häufiger sogenannte „Geheimklauseln" enthalten. Dies bestätigen sogar Quellen, die darin keine Gefahr für eine wachsende Abhängigkeit von China sehen. Hier begegnet man dem Argument, dass dies zur gängigen Praxis in den internationalen Handelsbeziehungen gehöre. So liest man u.a. das Argument: „Afrikanische Länder könnten jedoch einfach die Spielregeln ändern, indem sie sich selbst Transparenz bei Kreditverträgen auferlegen" (dw.com, 4.6.2021). Dagegen lässt sich einwenden, dass gerade ökonomische Abhängigkeiten Loyalitäten schaffen, so dass sich die betroffenen Länder häufig in Schweigen hüllen, um im internationalen Ranking nicht noch schlechter dazustehen. Möglicherweise haben genau aus diesem Grund die ärmsten afrikanischen Staaten in der Corona-Krise auf eine Schuldenerleichterung seitens der G20 verzichtet, obwohl die steigenden Gesundheitskosten sie „einen guten Schritt näher an den finanziellen Kollaps" gebracht haben (dw.com, 8.8.2020).

Seit Verabschiedung der Geschäftsgeheimnis-Richtlinie 2016/943 vom 8.6.2016 sind auch EU-Verträge von Geheimhaltungsklauseln betroffen (mueller-hof.de, 2017), so etwa das CETA-Abkommen mit Kanada (bpb.de, 9.11.2016) oder die Verträge der EU-Kommission mit den Herstellern von Coronaimpfstoffen (br.de, 7.1.2021). So ist die europäische Öffentlichkeit auch nicht ausreichend darüber informiert, wie weit der Arm Chinas bereits nach Europa und insbesondere in die EU und nach Deutschland hineinreicht. Ein entscheidender Einschnitt war das Jahr 2016, als Griechenland in der Finanznot seinen Athener Hafen Piräus in die Hände chinesischer Investoren legte. Seitdem hat er sich zu einem geostrategischen Knotenpunkt für Pekings Handel mit

der EU und Afrika entwickelt (tagesspiegel.de, 14.9.2020). Unter den globalen Regeln eines fairen Wettbewerbs wäre das kein Thema. Doch allmählich wird deutlich, dass auf diesem Weg chinesische Staatsbetriebe, die mit reichlich Subventionen ausgestattet sind, einen Marktzugang zu den EU-Mitgliedstaaten erhalten, der EU aber entsprechende Möglichkeiten in China verwehrt bleiben. An dieser wichtigen Frage nach der fehlenden Reziprozität scheiterte im Sommer 2021 das bereits ausgehandelte Investitionsabkommen CAI zwischen China und der EU. Weil auch dieser Vertrag von der EU-Kommission geheim gehalten wurde (wiwo.de, 31.12.2020), erfuhren Europas Bürger und vor allem die Unternehmer darüber lange Zeit nichts, bis Wirtschaftsverbände Alarm schlugen. Denn nach dem nun bekannt gewordenen Vertragstext müssen sie u.a. befürchten, dass die Leitungspositionen ihrer Vertretungen in China von Pekings Regierung besetzt werden (bdi.eu, 9.6.2021, Abbildung 8).

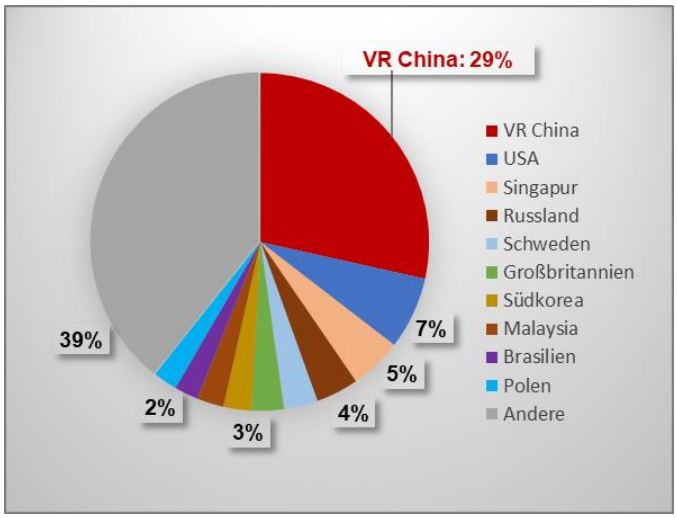
Wie der griechische Hafen Piräus so spielen auch die deutschen Häfen Hamburg und Bremerhaven eine strategische Rolle in Chinas Belt and Road Initiative (BRI, auch: „Neue Seidenstraße“, vgl. Karte unter: wikipedia, 1.1.2020). Der Handelskammer zufolge ist der Hamburger Hafen „einer der führenden China-Standorte in Deutschland und zentraler Knotenpunkt der ‚Neuen Seidenstraße‘ in Nordeuropa.“ (hk24.de, BRI) In der Liste der Top Ten der Partnerländer belegt China den ersten Platz mit 28,5 Prozent des Containerumschlags im Jahre 2020, das sind 2,4 Millionen Tonnen TEU (20-Fuß-Standardcontainer, Hafen Hamburg, Abbildung 9). Deshalb hat die Chinesische Handelskammer in Deutschland (CHKD) am 10.3.2017 ihr erstes Vertretungsbüro in Hamburg mit dem Ziel eröffnet, Wirtschaft und Politik zusammenzubringen (chk-de.org, Aktuell). Während sich die Hamburger offenbar wenig Sorgen machen, wachsen andernorts Befürchtungen über eine wachsenden Dominanz Chinas. Denn der zunehmenden ökonomischen Abhängigkeit folgt die direkte Einflussnahme auf die gesamte Gesellschaft, u.a. auf die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten oder Buchhandelsketten wie z.B. Thalia (rnd.de, 28.4.2021).

Immer mehr politischen Entscheidungsträgern wird allmählich bewusst, wie mit den wachsenden Handelskontakten das chinesische Modell auch freie Gesellschaften in Europa bedroht. Dies zeigt sich schon darin, dass die Europäische Kommission erst auf Druck von Abgeordneten des Europäischen Parlaments das geheim gehaltene CAI-Abkommen veröffentlichte (trade.ec.europa.eu, 22.1.2021). Dadurch wurde bekannt, dass nicht nur Vertreter von Wirtschaftsverbänden, sondern auch die gemeinnütziger NGOs der staatlichen Zensur Pekings ausgesetzt sein werden. Der Ratifizierungsprozess wurde jedoch erst gestoppt, nachdem China auf Sanktionsmaßnahmen wegen seiner Menschenrechtspolitik mit entsprechenden Gegenmaßnahmen reagierte und „gegen mehrere EU-Bürger und -Einrichtungen, darunter fünf Europaabgeordnete“, Sanktionen verhängte (europarl.europa.eu, 20.5.2021).

Hätte Brüssel auf seine Geheimdiplomatie verzichtet und die UN-Menschenrechtsstandards von Beginn an zum Maßstab seiner Verhandlungen mit China gemacht, hätte es eine größere Wirkung erzielt. Denn Ende 2020 wurde China für drei Jahre in den UN-Menschenrechtsrat gewählt (mfa.gov.cn, 15.10.2020). Dies hätte allerdings eine Auseinandersetzung mit dem politischen System Chinas vorausgesetzt und nicht nur mit einem einzelnen Aspekt, dem Umgang mit muslimischen Minderheiten (faz.net, 14.10.2020, zvn, 6/2020). Schließlich basieren die 18 UN-Menschenrechtdokumente insgesamt auf universellen Werten (UN Treaty Body Database 2021). Zwar hat die Volksrepublik China den Pakt über bürgerliche und politische Rechte nicht unterzeichnet, so dass es dafür nicht zur Rechenschaft gezogen werden kann, wohl aber den zweiten Menschenrechtspakt über ökonomische, soziale und kulturelle Rechte (2001) und sogar die Antifolterkonvention (1988,vgl. a.a.O., China).

Abbildung 9:

Hafen Hamburg – Top 10 Partnerländer Containerumschlag 2020, in Tausend TEU *



Quelle: Eigene Zusammenstellung aus:
Hafen Hamburg, Statistiken, Handelspartner, 2020
Anmerkung: * TEU = 20-Fuß-Standardcontainer

Chinas Verhältnis zu den Menschenrechtsdokumenten der UN ist aus einem weiteren Grund ausgesprochen spannungsvoll. Wie oben dargestellt wurde die Volksrepublik im Jahre 1971 in die UN aufgenommen und anstelle von Taiwan als einzige Repräsentantin Chinas akzeptiert. Dies geschah inmitten der Maoistischen Kulturrevolution (1966 – 1976), der Schätzungen zufolge bis zu 80 Millionen Menschen zum Opfer fielen, darunter ca. 3 Millionen Tote (gfbv.de, 10.5.2016). Ob dies aus Vorsatz geschah oder aus Unwissenheit über das grausame Schicksal dieser Menschen – eine Mehrheit der UN-Mitglieder hat offensichtlich der Aufrichtigkeit Pekings vertraut, als es die Charta der Vereinten Nationen (1945) unterzeichnete und sich zum „Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit“ bekannte (UN-Charta 1945). Doch mit dem unverstellten Blick auf die Ereignisse der Kulturrevolution hat China seine UN-Mitgliedschaft unter Täuschung falscher Tatsachen erworben. Zudem hat die UN die Verbrechen jener Zeit, die heute als Genozid verurteilt werden würden, niemals geprüft und keine der Führungskader der KPCh jemals zur Verantwortung gezogen. Dies steht im Gegensatz etwa zu anderen UN-Mitgliedern, denen wegen ähnlichen Vergehen mit Sanktionen und Ausschlüssen gedroht wurde (un.org, Sanctions). Offenbar ist Chinas mit diesem Thema im UN-Sicherheitsrat ebenfalls selbstgerecht umgegangen.

Abbildung 10

Kulturrevolution verbreitet Angst und Schrecken im ganzen Land

Ulrich Delius, Asien-Referent der Gesellschaft für bedrohte Völker

„Schüler und Studenten werden mobilisiert

In bewährter Taktik kritisierte er sie zunächst nicht selbst in der Öffentlichkeit, sondern lancierte eine Diffamierungskampagne gegen weniger einflussreiche Gefolgsleute der Parteiführung im Kulturbetrieb. Nach diesem Schlag gegen die Kulturbürokratie ließ er ab Mai 1966 an der Universität in Peking Professoren und Studenten agitieren. Mit Wandzeitungen und Diffamierungen wurde Jagd auf angebliche „Rechtsabweichler“ unter den Professoren gemacht. Im Sommer 1966 griff die Bewegung auch auf Schulen und andere Städte über. Die Pekinger Parteispitze war durch die Agitation massiv geschwächt, als Mao nach längerer Abwesenheit in die Hauptstadt zurückkehrte, um sich später auch persönlich in den Kampf um die Parteiführung einzuschalten.

Doch zunächst wartete Mao ab, ordnete die Schließung der Schulen und Universitäten an – sie sollten erst in zwei Jahren wieder ihre Türen öffnen – und ließ die von ihm entfesselten jugendlichen Rotgardisten ihren Gewaltrausch und Machtwahn frei ausleben. Sie brachten unsägliches Leid über Hunderttausende Familien. Niemand war vor ihrem Terror sicher. Wer heute noch vermeintliche Konterrevolutionäre diffamierte, konnte morgen schon selbst mit einem „Schandhut“ auf dem Kopf am Pranger stehen und Arbeit, Ansehen sowie seine gesamte Lebensgrundlage verlieren. Die Gewalt richtete sich nicht nur gegen eine bestimmte Person, sondern erfasste regelmäßig auch Familienangehörige, Freunde, Mitarbeiter und Weggefährten. Eine Diffamierung löste eine Kettenreaktion aus. Auch führende Funktionäre und Minister wurden nicht geschont. Viele einflussreiche Kader hatten Angst, sich nachts zuhause aufzuhalten, weil sie fürchteten, von marodierenden Rotgardisten aufgespürt und an den Pranger gestellt zu werden. [...]“

Quelle: Ulrich Delius, Kulturrevolution verbreitet Angst und Schrecken, in: gfbV 292 1_2016, Zeitschrift "bedrohte Völker - pogrom", 50 Jahre Kulturrevolution, Nr. 292 1_2016 [Hervorhebung blau: S.R.].

Auch in China selbst hält sich das Narrativ der KPCh, wonach Mao Tse-tung im Verlauf der Kulturrevolution die Führung entglitten sei. In der Resolution vom 11.11.2021 rühmt sich das Zentralkomitee der Partei seiner Tat, im Oktober 1976 die „Viererbande“ zerschlagen und die Kulturrevolution beendet zu haben (gov.cn, 16.11.2021). Mit dieser Etikettierung hatte Mao selbst seine persönliche Verantwortung für die Millionen von Opfern auf vier Personen abgewälzt, darunter auf seine Ehefrau Jiang Qing und den General Lin Biao, dem Herausgeber der berühmten „Mao-Bibel“ (sueddeutsche.de, 9.12.2016). Damit blieb der Personenkult um Mao erhalten und dessen Machttechniken im Dunklen. Davon profitiert der amtierende Präsident Xi Jinping, der an Elemente der Kulturrevolution anknüpft. Dies betrifft sowohl strukturelle Fragen wie die Entgrenzung seiner Amtszeit (zeit.de, 11.3.2018) als auch die ideologische Ausrichtung der Partei (vgl. Riedel 2021).

Eine zweifelhafte Rolle spielt besonders eine Floskel aus der Kulturrevolution, nämlich die der „Verjüngung der chinesischen Nation“ (dw.com, 11.11.2021), die in ihrer Kontinuität als eine „historische Unvermeidbarkeit“ dargestellt wird (china.org.cn, 11.8.2021). Damit stattet sich die regierende Elite mit einer zeitlich unbegrenzten Machtfülle aus, während sie von allen anderen eine Änderungsbereitschaft erwartet. Genauer betrachtet erweist sich dieser Slogan als ein Disziplinierungselement, um alle Politikbereiche dem Parteikurs zu unterwerfen. Ihr Wortlaut erinnert zudem an die Instrumentalisierung der Jugend gegen jedwede Systemkritik. Sie wurde von der Parteielite gegen die ältere und erfahrene Generation aufgewiegelt (gfbV 292 1_2016, Abbildung 10). Waren damals Wandzeitungen das entscheidende Medium, wird Chinas sozialistische Ideologie heute per Handy in alle Welt getragen.

5. Fazit: [1]

Orwells „NEUSPRACHE“ im Dienst der Sprachplaner der Volksrepublik China

- Alle modernen Amtssprachen sind das Ergebnis einer Standardisierung ausgewählter Sprachnormen (Grammatik, Orthografie, Lexik). Ein solcher Normierungsprozess ist eine soziolinguistische Voraussetzung für die Alphabetisierung der breiten Bevölkerung. Sie wird von gesellschaftlichen Organisationen oder staatlichen Sprachkommissionen erarbeitet und über die jeweiligen nationalen Bildungssysteme umgesetzt.
- Diesen Weg der Modernisierung beschritt China am Ende des Kaiserreichs im Jahre 1912. Die neue Republik China beauftragte eine Kommission mit der Schaffung einer allgemein gültigen hochsprachlichen Norm. Sie publizierte im Jahre 1920 ein erstes Wörterbuch der modernen chinesischen Standardsprache, die seit 1932 Guóyǔ (dt. Nationalsprache) genannt wird (oder Huáyǔ, dt. Sprache der Chinesen).
- Der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) ging dies nicht weit genug. Seit Gründung der Volksrepublik (1.10.1949) steuert sie die Sprachentwicklung zugunsten ihres sozialistischen Systems. Doch stießen ihre Versuche zur Einführung der lateinischen Schrift auf Widerstand. Übrig blieb eine Standardisierung der Umschrift (Transliteration), die seit 1982 unter dem Namen Pinyin als ISO-Norm international anerkannt ist.
- Als autoritäres Regime betrachtet die Volksrepublik China Sprachreformen als kontinuierlichen Prozess. Die KPCh nutzt sie zur Durchsetzung ihrer Führungsmacht in allen gesellschaftlichen Bereichen. Seit 1956 veröffentlicht das Bildungsministerium eine Liste ausgewählter Standardzeichen für den öffentlichen Sprachgebrauch, mit anfangs 2200 und heute 8.300 Zeichen. Diese Norm heißt Pǔtōnghuà (gemeinsame Sprache).
- Die Republik China (Taiwan) betreibt im Rahmen ihres demokratischen Systems ebenso Sprachpolitik. Sie akzeptiert den Standard der Volksrepublik (Pǔtōnghuà, Mandarin), hält aber auch am Standard aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (Guóyǔ) fest. Das taiwanesische Mandarin tradiert die ca. 100.000 überlieferten Schriftzeichen mit ihrem komplexeren Schriftbild und verzichtet gänzlich auf Sprachverbote.
- Taipeh zeigt sich nicht nur tolerant gegenüber den beiden Sprachnormen des Mandarin. Zudem hat die Republik China in den letzten Jahren mit dem chinesischen Nationalismus gebrochen und regionale Minderheitensprachen als Amtssprachen zugelassen. Diese Politik der Mehrsprachigkeit strahlt auf die Volksrepublik China aus, insbesondere auf Hongkong und Macau. Dies empfindet Peking als Bedrohung seines kulturellen Führungsanspruchs.

Orwells „KRIEG BEDEUTET FRIEDEN“: Chinas Nationalismus zielt auf Taiwan

- Der hegemoniale Anspruch der Volksrepublik auf die chinesische Sprache und Kultur geht auf das Sowjetmodell zurück. Es trägt die Handschrift des Nationalitätenkommissars Josef Stalin, der den Nationalismus in die sozialistische Staatsdoktrin integriert hatte. Peking hält bis heute an diesem Modell fest, während sich Taiwan seit den 1990er Jahren vom Nationalismus abwendet.
- Bis 1990 vertraten beide Seiten die Ein-China-Doktrin. Mit Gründung der Vereinten Nationen (UN) wurde zunächst Taiwan mit seinem Alleinvertretungsanspruch akzeptiert und in den UN-Sicherheitsrat aufgenommen. Erst ab 1971 folgte die UN-Generalversammlung dem Alleinvertretungsanspruch der Volksrepublik, die Taiwan aus der UN und dem Sicherheitsrat verdrängte.
- Diese Historie des Konflikts zeigt, dass die Taiwan-Frage von Anfang an die internationale Politik beschäftigt. Pekings Argument, sie sei eine innerchinesische Angelegenheit trifft nicht zu und spaltet sogar das Völkerrecht: Die Resolution 2758 (25.10.1971) der UN-Generalversammlung war nicht bindend, im Gegensatz zu den Beschlüssen des Sicherheitsrats. Zudem hat sich Taiwan nichts zuschulden kommen lassen.
- 1990 gründete Taiwan in der Hoffnung einer Aussöhnung mit Peking einen Nationalen Wiedervereinigungsrat. Vertretern der Kuomintang zufolge habe es 1992 einen „Konsens“ gegeben, was Peking bis heute bestreitet. 1995 wiederholte Chinas Staatspräsident Jiang Zemin die Besitzansprüche auf Taiwan in acht Grundsätzen. Taipeh stellte daraufhin fünf eigene Bedingungen.
- Seit dem Anti-Abspaltungsgesetz von 2005 erhöht die Volksrepublik China den Druck auf Taiwan mit dem Ziel der Widervereinigung nach dem Vorbild von Hongkong (1997) und Macau (1999). Die Republik China zog daraufhin die Option in Erwägung, eine eigene UN-Mitgliedschaft als zweiter chinesischer Staat (Taiwan) anzustreben, was Peking als Sezessionsversuch interpretiert.
- Im Gegensatz zur Kuomintang (KMT), die zu Gesprächen mit Peking bereit ist, nannte die derzeit amtierende Präsidentin Taiwans, Tsai Ing-wen (Demokratische Fortschrittspartei DPP), Vorbedingungen: Gespräche über eine Wiedervereinigung kämen erst in Betracht, wenn die Volksrepublik auf den Einsatz jedweder Gewalt verzichtet und den Willen der Taiwanesen respektiere.

[1] Dieses Fazit wurde separat als Thema im Fokus 6/2021 in derselben Website veröffentlicht.

Orwells „FREIHEIT IST SKLAVEREI“: Taiwan als Symbol für freien Welthandel

- Der sozialistischen Theorie nach hätte Taiwan wegen seines Freiheitswillens in Sklaverei und Abhängigkeit zu anderen Staaten fallen müssen. Diesem Narrativ widerspricht, dass sich Taiwan trotz der diplomatischen Isolierung seit 1971 zu einem „Tigerstaat“ mit hohen Wachstumsraten – selbst in der Corona-Krise – und einem System der sozialen Sicherung entwickelt hat.
- In der Volksrepublik China setzte ein vergleichbares Wirtschaftswachstum erst 40 Jahre später ein. Verfassungsreformen seit Beginn der 1990er Jahre erlauben private Eigentumsformen, die das planwirtschaftliche System in eine „sozialistische Marktwirtschaft“ transformieren sollten. Ganz offensichtlich wollte Peking damit die taiwanesische Erfolgsgeschichte kopieren.
- Im Gegensatz zu Taiwan stieg die soziale Ungleichheit in der Volksrepublik enorm an. Nach dem Report 2021 der Credit Suisse liegt sie mit 9 Prozent aller Millionäre weltweit direkt hinter den USA. Gleichzeitig stieg die Zahl der Wanderarbeiter auf 250 Millionen (31 Prozent aller Arbeitskräfte). Nach Definition der Weltbank leben 40 Prozent in Armut (unter 5,50 US-Dollar täglich).
- Die Volksrepublik sucht die Wiedervereinigung mit Taiwan auch aus ökonomischen Interessen. Denn die Insel ist mit dem Unternehmen TSMC Weltmarktführer in der Halbleitertechnologie. Dagegen ist Peking in der Chip-Herstellung vom Ausland abhängig. Erst 2025, so der Plan, könnte es autark werden. Doch das Interesse an taiwanesischen Fachkräften bleibt ungebrochen hoch.
- Der Konflikt zwischen der Volksrepublik und Taiwan in der Chipherstellung ist relevant für die Sicherheitspolitik in der Region wie auch weltweit: Verliert Taiwan seine Marktstellung, hätte die Volksrepublik eine Schlüsselposition in einem sicherheitspolitisch höchst sensiblen Industriezweig. Hierin liegt ein Motiv der USA, im Falle einer Eskalation an der Seite Taiwans zu stehen.
- Wie Pekings Beziehungen zu Afrika zeigen, ist die ideologisch begründete Freundschaft zwischen den „afro-asiatischen Völkern“ wirtschaftlichen Abhängigkeitsstrukturen gewichen. China nutzt seine Stellung als Monopolanbieter für Infrastrukturmaßnahmen, um Grund und Boden zur Produktion von Nahrungsmitteln zu erwerben, zum Nachteil der afrikanischen Bevölkerung.

Orwells „UNWISSENHEIT IST STÄRKE“: Kulturrevolution statt Menschenrechte

- Die sozialistische Ideologie der Volksrepublik versperrt den Blick auf die reale politische Entwicklung. Afrika ist ein Beispiel dafür, wie stark Anspruch und Wirklichkeit auseinanderklaffen. So begünstigt die Bautätigkeit chinesischer Investoren die Verstädterung und den Anstieg der Armutssiedlungen (Slums). Zudem verliert Afrika bei diesen Geschäften eigene Ackerflächen.
- Der Arm chinesischer Regierungsinstitutionen reicht so weit in globale Netzwerke hinein, dass auch wissenschaftliche Institutionen etwaige negative Bilder „zurechtrücken“, so das Mercator Institut für China-Studien (MERICS) oder auch das Berliner Marx-Engels-Zentrum. Sie zerstreuen jeden Zweifel an Pekings eigennützigen Motiven im Handel mit Afrika und Europa.
- Journalisten berichten jedoch, dass vieles nicht an die Öffentlichkeit kommt, weil Peking die Handelsverträge unter Verschluss halten will. Seit Verabschiedung der Geschäftsgeheimnis-Richtlinie der EU (2016) ist diese Intransparenz auch in der Europäischen Kommission zur Praxis geworden, so beim Handelsabkommen mit Kanada (CETA), bei den Impfstoffherstellern (2020) und dem Investitionsabkommen mit China (CAI).
- Erst auf Druck von Wirtschaftsverbänden und Abgeordneten des Europäischen Parlaments musste die Kommission Anfang 2021 Details zum EU-China-Abkommen bekanntgeben. Danach behält sich Peking vor, Leitungspositionen der Vertretungen von Nichtregierungsorganisationen (NGO) in China mit eigenem Personal zu besetzen. Danach wurden die Verhandlungen auf Eis gelegt.
- Folgenreich ist die Unwissenheit der Staatengemeinschaft über die Verbrechen der Kulturrevolution (1966–1967), der ca. 80 Millionen Menschen zum Opfer fielen. Dies war bei der Aufnahme der Volksrepublik in die UNO (1971) bekannt, dennoch wurde Peking nie zur Rechenschaft gezogen. Sein Bekenntnis zur den „Grundrechten des Menschen“ (UN-Charta) war nur vorgetäuscht.
- Diese Unwissenheit verleiht der Parteiführung Chinas Stärke. Sie schiebt die Verbrechen der Kulturrevolution an die „Viererbande“ ab, um den Personenkult um Mao aufrechtzuerhalten. Daran knüpft Präsident Xi Jinping derzeit an, wenn er die alte Floskel von der „nationalen Verjüngung“ wiederbelebt, um damit die gesamte Gesellschaft, einschließlich Taiwan, zu disziplinieren.

Quellen und weitere Literatur

(Alle Links wurden zuletzt am 3.12.2021 eigesehen)

AFP, 25.9.2019, The United Nations did not officially recognise Cantonese as a language rather than a dialect, AFP Hong Kong.

auswaertiges-amt.de,22.9.2020, Auswärtiges Amt, Reform des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen.

APuZ, 15.2.2021, China(kompetenz), Aus Politik und Zeitgeschichte, 71. Jg., 7-8/2021.

bdi.eu, 9.6.2021, Bundesverband der Deutschen Industrie, BDI, Investitionsabkommen zwischen der EU und China – Was gewinnt die deutsche Industrie?

bertelsmann-stiftung.de, 27.4.2016, Taiwan – Drei Erfolgsrezepte für erfolgreiche Transformation.
Bielicki 14.2.2019, Kevin T. Bielicki, Hong Kong Identity and the Rise of Mandarin, The Diplomat.
bli.gov.tw, 20.8.2021, Ministry of Labour, Characteristics of the New Labor Pension System, Taiwan.
Boroditsky 2012, Lera Boroditsky, Wie die Sprache das Denken formt, in: Spektrum.de, 15.3.2012.
bpb.de, 9.11.2016, Ernst-Christoph Stolper, Die Geheimhaltung ist ein Geburtsfehler, in: Bundeszentrale für Politische Bildung.
br.de, 7.1.2021, Philip Kuntschner, EU-Kommission verweigert Einsicht in Impfstoffverträge.
bundestag.de, 9.12.2020, Stand der Urbanisierung in Afrika, Wissenschaftliche Dienste, Deutscher Bundestag, Aktenzeichen WD 2 - 3000 – 100/20.
Cheong 2021, Kin Man Cheong, Beobachtungen zur Sprachenvielfalt Chinas, in: www.torial.com.
china.org.cn, 11.8.2021, China Internet Information Center (CIIC), 19. Zentralkomitee der KP Chinas hält sechste Plenartagung ab.
chinatoday.com, 21.3.2021, In vier Jahrzehnten 700 Millionen Menschen aus der Armut befreit – Was ist Chinas Erfolgsrezept?
chk-de.org, Aktuell, CHKD-Vertretungsbüro in Hamburg eröffnet.
cidse.org, 18.6.2021, Die Auswirkungen groß angelegter Landkäufe in Afrika.
Coblin 2000, W. South Coblin, A Brief History of Mandarin, in: Journal of the American Oriental Society, Vol. 120, No. 4 (Oct. - Dec., 2000), pp. 537-552 (16 pages).
Coca 2018, Nithin Coca, Hong Kong Is Fighting Back Against a Mandarin Language Invasion, in: ozy.com, 2.7.2018.
countryeconomy.com, 30.11.2021, Country comparison China vs Taiwan.
daxueconsulting.com, 22.9.2021, China's gig economy accounts for a quarter of its labor market: 3 gigs you probably never heard of.
de-academic.com, Chinesische Schriftzeichen.
Deges 2021, Frank Deges, Gig Economy, in: Gabler Wirtschaftslexikon.
deutschlandfunk.de, 18.10.2021, Carina Rother, Taiwans Chip-Produzent TSMC. Systemrelevant für die Welt.
dw.com, 24.10.2013, Steffen Heinze, „Ein China, zwei Staaten", Exklusiv-Interview mit Taiwans Staatspräsident Lee Teng-hui vom Sommer 1999, in: Deutsche Welle.
dw.com, 8.8.2020, Jan Philipp Wilhelm, Afrika: Schuldenerleichterungen? Nein danke!
dw.com, 4.6.2021, David Ehl, Faktencheck: Schröpft China Afrika mit seinen Krediten?
dw.com, 5.11.2021, China droht Taiwans Spitzenpolitikern mit Sanktionen.
dw.com, 11.11.2021, Personenkult: Xi ist so mächtig wie Mao.
economist.com, 2.12.2021, Africa's ties to China and the West are starting to look more alike, in: The Economist.
europarl.europa.eu, 20.5.2021, Europäisches Parlament, Abgeordnete lehnen jedes Abkommen mit China ab, solange die Sanktionen bestehen.
faz.net, 15.12.2015, China bestellt Afrikas Äcker.
faz.net, 14.10.2020, Klaus-Dieter Frankenberger, UN-Menschenrechtsrat: Zu viele Böcke im Garten der Welt.
fmprc.gov.cn, 25.6.2021, Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China, A New Journey Ahead after Fifty Extraordinary Years – Keynote Address by State Councillor and Foreign Minister Wang Yi At the Lanting Forum on China and the UN: Cooperation in 50 Years and Beyond.
forbes.com, 3.10.2019, Wade Shepard, What China Is Really Up To In Africa.
Fromkin 1977, Victoria Fromkin, Harry Hoijer, in: Language, Vol. 53, No. 1, Mar 1977, pp. 169-173.
Geschäftsgeheimnis-Richtlinie 2016/943, Richtlinie (EU) 2016/943 des Europäischen Parlaments und des Rats vom 8. Juni 2016.
gfbV 292 1 2016, Ulrich Delius, Kulturrevolution verbreitet Angst und Schrecken, in: "bedrohte Völker – pogrom", 50 Jahre Kulturrevolution.
gfbv.de, 10.5.2016, Gesellschaft für bedrohte Völker, Bittere Bilanz veröffentlicht: Schreckensherrschaft von Mao wirkt bis heute fort, in: Pressemitteilung.
gov.cn, 16.11.2021, The State Council, The People's Republic of China, Full Text: Resolution of the CPC Central Committee on the Major Achievements and Historical Experience of the Party over the Past Century.
Grundlagenvertrag 1972, Chronik der Mauer, Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, 21. Dezember 1972.
Hafen Hamburg, Statistiken, Handelspartner, 2020.
handelsblatt.com, 12.1.2020, Martin Kölling, Tsai Ing-wen. Taiwans Präsidentin bietet China erfolgreich die Stirn.
handelsblatt.com, 20.6.2021, Dana Heide, Joachim Hofer, Chinas milliardenschwere Aufholjagd in der Chipindustrie stößt an Grenzen.
Heuser 1980, Taiwan und Selbstbestimmungsrecht, in: Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Zeitschrift für für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Vol. 40, S. 31-75.
hk24.de, BRI, Handelskammer Hamburg, Chinas Konnektivitätsstrategie. Belt and Road Initiative.
Hsiau 1997, A-Chin Hsiau, Language Ideology in Taiwan. The KMT's Language Policy, the Tai-yü Language Movement, and Ethnic Politics, in: Journal of Multilingual and Multicultural Development, Vol. 18, Issue 4, 1997, pp. 302-315.
ILO China 2021-1, International Labour Organisation, Social Protection, China.
ILO China 2021-2, Robert Walker, Lichao Yang, China's move to measuring relative poverty: im-plications for social protection, ILO Working Paper

23, January 2021.
kas.de, Entwicklungsländer, Konrad Adenauer Stiftung, Entwicklungsländer und Soziale Marktwirtschaft, 2021.
Kulturrevolution 1969, Mao Tse-tung. Der große strategische Plan. Dokumente zur Kulturrevolution, Berlin 1969.
Kurzzeichen 20.10.2021, Kurzzeichen, Wikipedia.
Languages Act 2017, Taiwan: New Indigenous Languages Act, 14.6.2017, Library of Congress.
Leung / Wong 1996, Cheung-Shing Samuel Leung, Yuen-Fan Lornita Wong, The (Un)Changing Role of Mandarin Chinese in Language Education in Hong Kong, in: Current Issues in Language and Society, Vol. 3, No 2, 1996, p. 140-151.
Mao Tse-tung, Worte des Vorsitzenden Mao Tse-tung, Erste Auflage, 1. Nachdruck, Peking 1967.
mez-berlin.de, 4.1.2018, Marianna Schauzu, Land Grabbing: China als neuer Kolonialherr in Afrika?, Marx-Engels-Zentrum, Berlin.
mfa.gov.cn, 29.4.2004, Botschaft der Volksrepublik China in der Bundesrepublik Deutschland, Acht Vorschläge von Jiang Zemin, Generalsekretär des ZK der KP Chinas, zur Verwirklichung der Wiedervereinigung Chinas.
mfa.gov.cn, 15.10.2020, Botschaft der Volksrepublik China in der Bundesrepublik Deutschland, China für 2021-2023 in Menschenrechtsrat gewählt.
moe.edu.tw, 2017, Ministry of Education, Dictionary of Chinese Character Variants, Taipeh.
mueller-hof.de, 2017, Die neue Geschäftsgeheimnis-Richtlinie der EU, Müller-Hof Newsletter – September 2017.
naer.edu.tw, National Academy for Educational Research, Chinesisches Wörterbuch, Taipeh 2021.
news.cn, 29.11.2021, China, Africa set "shining example" for new type of int'l relations: Xi, in: Xinhuanet.
NZZ, 2.12.2021, Taiwan-Konflikt: China bestellt Japans Botschafter ein, stuft diplomatische Beziehungen zu Litauen herab, in: Neu Zürcher Zeitung.
Ohse 1971, Gerhard Ohse, Ausschluß und Suspension der Mitgliedschaftsrechte in der UNO, in: Vereinte Nationen, 4/1971, S. 103-109.
Orwell 1949, George Orwell, NINETEEN EIGHTY-FOUR, 1949, dt. Übersetzung: Neunzehnhundertvierundachtzig, Zürich 1950, 21. Auflage 1973.
Popow 2019, Wladimir Popow, Warum leben in manchen Ländern mehr Milliardäre als in anderen? Arbeitspapier des Forschungsinstituts Dialog der Zivilisationen (DOC) und des Investment Migration Council (IMC), Berlin 1/2019.
population.un.org, United Nations, World Urbanization Prospects 2018, Maps, Growth rates of urban agglomerations by size class, 2018-2030.
Post, 4/2021, Ulrich Post, China hat die Armut ausgerottet. Wirklich?, in: Welternährung. Das Fachjournal der Welthungerhilfe.
president.gov.tw, 10.10.2021, President Tsai delivers 2021 National Day Address, Taiwan.
produktion.de, 22.7.2020, Anja Ringel, Neue Supply Chain Drehscheibe. „Gigantischer Erfolg“: Warum Taiwan so gut durch die Krise kommt.
Report 2021, Global Wealth Report 2021, Credit Suisse Group AG, Research Institute, June 2021.
Riedel 2015, Die kulturelle Zukunft Europas. Demokratien in Zeiten globaler Umbrüche, Wiesbaden, vgl. insbesondere Kapitel 4.5. China – USA – EU. Wirtschaftskulturen im globalen Wandel, S. 230-241.
Riedel 2021, Sabine Riedel, Analytische Perspektiven in der Corona-Krise. „Verschwörungstheorien“, Maoismus, Strukturanalyse, Moderne Geldtheorie, Bio-Macht und (Trans-)Humanismus, in: Forschungshorizonte Politik und Kultur (FPK), Vol. 5, No. 6 (2021 May 10), 30 Seiten.
rnd.de, 28.4.2021, Markus Decker, Druck auf allen Ebenen: Wie China in Deutschland Einfluss nimmt.
rnd.de, 3.8.2021, Matthias Koch, Showtime im Meer des Drachen, Redaktionsnetzwerk Deutschland.
Schönhoven 2013, Klaus Schönhoven, Neue Ostpolitik. Der lange Weg zum Frieden, in zeit.de, 19.11.2013.
Sonnad 2018, Nikhil Sonnad, Taiwan's laws on language, in: Quartz, 5.9.2018.
Spiegel, 9.9.2018, Georg Blume, Was hinter Chinas Milliardeninvestitionen in Afrika steckt.
spiegel.de, 24.8.2020, Chengdu Georg Fahrion, Wanderarbeiter in China während der Pandemie "In diesem Jahr habe ich erst 24 Euro verdient".
spiegel.de, 27.10.2021, Reichenliste des »Hurun«-Magazins. Fast jeden Tag gibt es in China einen neuen Dollarmilliardär.
Sprachkommission 2009, Portal der Zentralregierung der Volksrepublik China, Website des Bildungsministeriums [auf Chinesisch], der Leiter der staatlichen Sprachkommission beantwortete die Fragen eines Reporters zur "Table of General Standard Chinese Characters" zur öffentlichen Konsultation,12.8.2009 [automatisierte Übersetzung ins Deutsche].
ssa.gov, Social Security Administration, Social Security Programs Throughout the World: Asia and the Pacific, 2018, Taiwan (China), USA.
Statut der KPCh, Statut der Kommunistischen Partei Chinas, 18.9.2017.
sueddeutsche.de, 9.12.2016, Kai Schrittmatter, Die Mao-Bibel – Buch mit Blutspur.
tagesspiegel.de, 14.9.2020, Albrecht Meier, So will sich Brüssel gegen Peking wehren.
taipeitimes.com, 11.8.2021, Chen Yu-fu, Jonathan Chin, Nearly 90 percent of public identify with Taiwan: poll.
taiwanheute.tw, 1.11.2012, Nach sechs Jahrzehnten weiterhin hochaktuell.
taiwanheute.tw, 30.9.2015, Umfrage in Taiwan: Mehrheit identifiziert sich mit ethnisch chinesischer Volkszugehörigkeit.

theguardian, 31.7.2018, Nick Van Mead, China in Africa: win-win development, or a new colonialism?
trade.ec.europa.eu, 22.1.2021, European Commission, EU – China Comprehensive Agreement on Investment (CAI): list of sections.
un.org, Sanctions, United Nations Security Council.
UN Treaty Body Database 2021, United Nations, View the ratification status by country or by treaty.
UN-Charta 1945, United Nations, Charta der Vereinten Nationen, San Franzisco 1945.
unfra.org, 2018, UNFRA, UNICEF, Domestic migrants in China (2018): trends, challenges and recommendations.
Verfassung 1946, Verfassungen der Republik China, Verfassung vom 25.12.1946
Verfassung 1982, Verfassung der Volksrepublik China, angenommen auf der 5. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses am 4. Dezember 1982.
Wan 2014, Defu Wan, The History of Language Planning and Reform in China: A Critical Perspective, in: Working Papers in Educational Linguistics 29(2): 65-79, 2014.
Wefer, 1.3.2020, Carolin Wefer, Szenarien eines vereinten Koreas. Nach 75 Jahren Trennung entscheidet auch ein regionales Kräftemessen, wie es auf der Halbinsel weitergeht, in: Internationale Politik.
wikipedia, 1.1.2020, Landkarte / Grafik: Chinas Belt and Road-Initiative – eine Übersicht der wichtigsten Projekte in Asien, Afrika und Europa, Stand 2018.
winfuture.de, 17.7.2020, Auch TSMC dreht Huawei den Hahn zu: Keine Chip-Aufträge mehr.
wiwo.de, 31.12.2020, Silke Wettach, EU-Kommission hält Wortlaut des EU-China-Abkommens unter Verschluss.
Worldbank 24.6.2021, Updated estimates of the impact of COVID-19 on global poverty: Turning the corner on the pandemic in 2021?
xinhuanet.com, 1.2.2019, Xinhua Headlines: Xi says "China must be, will be reunified" as key anniversary marked.
Yuming 2014, Lie Yuming (Hg.) The Language Situation in China, Volume 5, Berlin, Bosten.
zeit.de, 11.3.2018, Unbegrenzte Amtszeit für Xi Jinping.
Zhao / Baldauf 2008, Shouhui Zhao, Richard B. Baldauf Jr., Planning Chinese Characters. Reaction, Evolution or Revolution? Tel Aviv University.
Zhao / Liu 2021, Hui Zhao, Hong Liu, (Standard) language ideology and regional Putonghua in Chinese social media: a view from Weibo, in: Journal of Multilingual and Multicultural Development, Vol. 42, No. 9 / 2021, pp. 882–896.
zvn, 6/2020, Katrin Kinzelbach, Was will China im UN-Menschenrechtsrat? in: Vereinte Nationen, 6/2020, S. 255-260.

© Prof. Dr. Sabine Riedel, Berlin 2021 Alle Rechte vorbehalten